Bergischer Volksbote

Amtliches Verkündigungs-Blatt

Erscheint täglich mit Ausnahme Sonn- u. Feiertags
Bezugspreis: Monatlich durch unsere Boten gebracht einschließlich aller Beilagen 2 RM

Burscheider Zeitung

für die Stadtgemeinde Burscheid

Anzeigenpreise: 1 mm Höhe u. 45 mm Breite im Anzeigenteil 8, auswärts 12, im Reklameteil (65 mm breit) 30 Rpf — Anzeigen-Rabatt wird nur gewährt bei pünktlicher Zahlung

Beilagen Der Sport vom Sonntag (Montag), Unterhaltungsbeilage (Dienstag), Aus dem Reiche der Frau (Mittwoch) Unterhaltungsbeilage (Donnerstag), Die Zeit im Bild (Freitag), Landmanns Sonntagsblatt (Samstag)

Nr. 66 | Redaktion u. Geschäftsstelle Burscheid, Mittelstraße 10 | **Burscheid, Freitag, 18. März 1932** | Postscheckkonto 28571 Köln Fernsprech-Anschluß Nr. 431 | **72. Jahrgang**

Polizeimaßnahmen gegen die NSDAP

Eine Mitteilung des preußischen Innenministers

In einer Mitteilung des preußischen Ministers des Innern heißt es:

Die polizeilichen Feststellungen im Gesamtgebiet des Freistaates Preußen haben ergeben, daß

am Wahltage die sogenannten SA-Formationen der NSDAP in Alarmbereitschaft

standen. Die Anordnung dieser Maßnahmen war von der Münchener Befehlsstelle ergangen. Es kann nicht die Aufgabe der preußischen Behörden sein, sich mit dieser Befehlsstelle über die Gründe der „Alarm"-Anordnung auseinanderzusetzen. Die vielfachen Feststellungen der Polizei in fast allen Gebieten des preußischen Ostens und Nordens lassen keinen Zweifel darüber aufkommen, daß „System" in den Vorbereitungen lag und mit dem Temperament einzelner örtlicher Führer nicht erklärt werden können. Bringt man sie mit den prahlerischen Reden der NSDAP-Führer vor der Präsidentenwahl in Verbindung, dann gewinnt man den

Eindruck, daß mindestens viele Gruppen und Unterführer der SA. ernsthafte Gewaltmaßnahmen ins Auge gefaßt haben.

Im Kreise Oldenburg in Holstein war den Angehörigen der SA. aufgegeben worden, sich am 12. März für längere Zeit mit Proviant zu versehen. Der Grund für diese Anordnung war die Absicht, die SA-Leute auf Kraftwagen nach Berlin zu transportieren. In die gleiche Richtung weisen die Feststellungen in Wandsbeck. Ueberall sind denn auch am Wahltage im südlichen Holstein Zusammenziehungen der SA. in größeren Trupps beobachtet worden.

Wie ernst es der SA-Leitung mit ihren Plänen gewesen ist, beweisen die Mitteilungen, die u. a. im Kreise Süd-Tondern (Schleswig) ein SA-Führer in einer vertraulichen Führerbesprechung gemacht hat. Dieser Führer wies auf die Notwendigkeit schleuniger

Aufstellung von SA-Reserven

hin, da ja nun

die aktive SA. vom Lande fortgezogen

werden müßte. Denn die aktive SA. müsse den zur Macht gekommenen Hitler in den Großstädten unterstützen, da dort die Polizeikräfte nicht ausreichten, die aktive SA. würde für diese Tätigkeit Gewehre aus den Beständen der Polizei erhalten.

In Flugblättern forderte die NSDAP die Polizeibeamten auf, weder Gummiknüppel noch Schußwaffen gegen Nationalsozialisten oder SA-Leute anzuwenden. Die wenige Tage vor dem Wahltage in Berlin erfolgte Verhaftung des Schutzpolizeileutnants Lange und des Polizeiwachtmeisters Schultz-Briesen hat den Nachweis dafür erbracht, daß auch die Nationalsozialisten versuchen, Polizeibeamte zum Verrat von Dienstgeheimnissen zu verleiten.

In krassem Widerspruch zu der vom Führer der NSDP sogar beschworenen Verleugnung aller Gewaltpläne stehen auch die gerade in den letzten Tagen bei Angehörigen der SA. gemachten

Waffenfunde

im Kreise Einbeck, im Kreise Salzwedel und im Kreise Pinneberg. Die in den letzten Tagen der Wahlarbeit von Nationalsozialisten begangenen schweren Ausschreitungen beweisen ebenfalls die unerlaubte Bewaffnung von weiten Kreisen der Nationalsozialistischen Partei.

Diese Feststellungen erfahren noch eine besondere Beleuchtung durch Aufzeichnungen, die vor einigen Tagen bei Durchsuchungen in Berlin gefunden sind. Nach diesen Plänen wurde eine

Einschließung Berlins

durch vorher herausgezogene Berliner SA-Einheiten mit Unterstützung der im weiteren Umkreise von Berlin in der Provinz zusammengezogenen SA-Formationen vorbereitet und sorgsam betrieben. Auf die gleiche Absicht deutet auch ein Alarmbefehl der SA. im Gausturm Ostmark (Schneidemühl) hin, der vor einigen Tagen der Polizei in die Hände fiel. Es wird

mit einem wochenlangen Zusammenziehen der SA. dabei gerechnet.

Detailliert sind die Sammelpunkte für die einzelnen SA-Formationen angegeben. Anweisungen über Anmarschstraßen sind angefügt. Verpflegungsbestände, Kartoffeln und Erbsen sind durch die SA-Kommandos sicherzustellen. Bäckereien sind zur Brotherstellung zu besetzen. Die Waffen der Landesverteidigung sind von dem Sturmführer zu beschlagnahmen und beim Transport zum Alarmsammelplatz mitzuführen. In den Unterkunftsorten, die für die einzelnen Sturmbanns genau festgelegt und verteilt werden, sollen die Gemeindevorsteher und Landjäger durch Sonderkommandos festgesetzt, die Fernsprechagenturen und Telephone besetzt werden. Auch im Gaubüro der NSDAP Berlin sind Alarmbefehle gefunden worden, die für den ersten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl vorgesehen waren und auf eine Zernierung von Groß-Berlin abzielten.

Ein Rundschreiben vom Februar dieses Jahres des Inspekteurs der Motorstürme und Staffeln der NSDAP aus München gibt die Richtlinien und eine genau ausgearbeitete

Karte für Reichsrelais,

das durch Kraftwagen und Motorräder von Nord- und Mitteldeutschland bis nach München zu organisieren ist. Dieses Reichsrelais und die dafür ausgegebenen Richtlinien treten in Kraft, wenn das ausgegebene Stichwort mitgefeilt wird

Das Stichwort hieß: „Großmutter gestorben. Max."

Auf dieses Stichwort hin sollten alle die erlassenen Kriegs- und Alarmvorschriften in Kraft treten!

Alle diese Vorbereitungen sind schlechthin Vorbereitungen und Rüstungen für den Bürgerkrieg, die von dem Vorwand, nur für Unruhen von kommunistischer Seite zu gelten, nicht gedeckt werden. Sie sind ein frivoles Spiel mit dem Feuer, dem die preußische Staatsregierung nicht länger zusehen wird. Eidliche Versicherungen auf die Legalität der nationalsozialistischen Organisationen können die preußischen Verwaltungsbehörden nur dann respektieren, wenn die Praxis der NSDAP mit den Eiden der Führer im Einklang steht.

Die preußische Regierung ist jedenfalls nicht gesonnen, sehenden Auges eine Armee ausrüsten zu lassen, die nicht nur auf eine Herabminderung der Staatsautorität herausläuft, sondern auch ein ständiges Element der Beunruhigung sein muß.

Haussuchungen bei den NSDAP.-Geschäftsstellen

Am Donnerstag fanden in Preußen auf Anordnung des preußischen Ministers des Innern bei sämtlichen Geschäftsstellen und Gauleitungen der NSDAP Haussuchungen statt, um zu prüfen, ob bei diesen Stellen gesetzwidriges Propagandamaterial vorliegt.

Die NSDAP. erwidert

Aus München, 17. März, wird gemeldet: Zu den Haussuchungen bei sämtlichen Geschäftsstellen und Gauleitungen der NSDAP in Preußen kündigt die Pressestelle bei der Reichsleitung der NSDAP eine Erklärung der NSDAP an, teilt aber bereits jetzt mit, daß die NSDAP alle rechtlichen Maßnahmen ergreifen werde, um einem Vorgehen des preußischen Innenministers entgegenzutreten, das geeignet sei, die von der NSDAP in vorbildlicher Weise gehaltene Ruhe und Ordnung zu gefährden und künstliche Unruhestimmung in der Oeffentlichkeit erst hervorzurufen, die ohne die Maßnahmen der preußischen Polizei nicht vorhanden gewesen sei.

Vor dem Schnellrichter

Vor dem Schnellrichter hatten sich die elf Nationalsozialisten zu verantworten, die von der Polizei unter dem Verdacht festgenommen wurden, an den Wahlausschreitungen in Schwelm beteiligt gewesen zu sein. Vier Angeklagte, darunter auch der Sturmbannführer, erhielten je einen Monat Gefängnis, drei Angeklagte Geldstrafen von 10 bis 30 RM., während die übrigen Angeklagten mangels Beweises freigesprochen wurden.

Weitere 19 Nationalsozialisten, die wegen verbotenen Waffenbesitzes und Tragens verbotener Kleidung angeklagt waren, hatten sich ebenfalls vor dem Schnellrichter zu verantworten. Acht Angeklagte erhielten Gefängnisstrafen von 5 Tagen bis zu einer Woche, vier Geldstrafen von 15 bis 30 RM., während die übrigen ihren Freispruch erzielten.

Schließung des „Braunen Hauses" in Osnabrück

In Osnabrück kam es während der Wahltage zu verschiedenen Zusammenstößen der politischen Gegner. Von der Polizei wurde festgestellt, daß sich in dem Parteihaus der NSDAP am Kanzlerhall am Wahlsonntag etwa 40 Mitglieder der SA. aufgehalten haben. Das Haus ist nach den Feststellungen Stützpunkt der Nationalsozialisten gewesen. Die Polizei hat daher das Parteihaus bis auf weiteres geschlossen.

Die Polizeiaktion gegen die NSDAP

Der Minister will selbst berichten

Von den Berliner preußischen Dienststellen werden zurzeit keine weiteren Auskünfte mehr über das Ergebnis der Aktion gegen die NSDAP gegeben. Wie das Contibüro hört, beabsichtigt der Minister selbst nach Sichtung des beschlagnahmten Materials eine zusammenfassende Mitteilung zu veröffentlichen.

Adolf Hitler erklärt

Nach einer Contimeldung aus München äußert Adolf Hitler, durch den „nach alten Rezepten aufgezogenen Verhaftungs- und Beschlagnahmerummel" solle der Oeffentlichkeit die Meinung suggeriert werden, die NSDAP. und ihre Organisationen beabsichtigten, „ungesetzliche Maßnahmen in einem Augenblick zu ergreifen", da die legale Entwicklung ihr bereits die Stellung der stärksten Partei Deutschlands gegeben habe.

Zu der Konzentration der SA.-Leute in der Wahlnacht bemerkt Hitler, diese Anordnung sei bisher noch bei jeder Wahl durchgeführt worden, um, wie er wörtlich erklärt, „das Abschlachten einzelgehender SA.- und SS.-Männer" zu verhindern.

Im übrigen behauptet Hitler, er habe von dieser Konzentration dem Reichsinnenminister eine Woche vorher — er sagt: „durch meinen Stabschef amtlich" — Kenntnis gegeben. Außerdem läßt er erklären, daß nach den Erhebungen seiner Parteidienststellen die völlige Haltlosigkeit der Beschuldigungen „des Herrn Severing" zutage getreten sei; er werde am Freitag durch seinen Stabschef der Oeffentlichkeit den Beweis dafür und für die „unbedingte Gesetzlichkeit der NSDAP. und ihrer Handlungen" liefern.

Die Reichstagsfraktion der NSDAP

hat einer Mitteilung der nationalsozialistischen Pressestelle zufolge in einem Telegramm an den Reichsinnenminister Protest gegen die Durchsuchungen der preußischen Gaustellen der NSDAP. erhoben. In diesem Telegramm bezeichnet sie die Aktion als „Wahlmache einer sich in ihrer Machtstellung bedroht fühlenden internationalen Partei" und deutet an, daß das dabei gefundene Material gefälscht werden könnte.

Legalitätsdokumente der NSDAP

Die Pressestelle der NSDAP. erklärt unter dem 17. März, die Partei habe von allen maßgebenden Unterführern der Partei eine Erklärung Hitlers über die „absolute Gesetzlichkeit und Legalität der Absichten und des Vorgehens der Partei und ihrer gesamten Gliederungen" unterzeichnen lassen. Diese Dokumente seien noch heute nach Berlin gesandt worden und würden morgen durch Hauptmann Göring dem Reichsinnenminister überreicht werden.

Graf Bernstorff im Foreign Office wegen der Memelangelegenheit

Der deutsche Geschäftsträger in London, Graf Bernstorff, hat im Foreign Office vorgesprochen, um die Aufmerksamkeit der englischen Regierung auf die Lage im Memelgebiet zu lenken.

Einsturz einer ägyptischen Schule Drei Tote

Aus Kairo, 17. März, wird gemeldet: Die ägyptische Schule der Ortschaft Schebineltom ist gestern eingestürzt. Drei Schüler wurden getötet, 29 verletzt.

Oster-Burgfrieden

Ausdehnung der Vorlegungspflicht für Plakate und Flugblätter

Das Wolffbüro berichtet:

Auf Anregung der Oberbehörden der evangel. und der katholischen Kirche hat der Herr Reichspräsident eine Verordnung erlassen, durch die, ähnlich wie es für die Weihnachtszeit durch die Verordnung vom 8. Dezember 1931 geschehen ist, auch für die Osterzeit das innerpolitische Leben befriedet werden soll.

In der Zeit von Palmsonntag bis zum Weißen Sonntag mittags 12 Uhr dürfen keine öffentlichen politischen Versammlungen und keine politischen Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel stattfinden. Für die gleiche Zeit ist jede Art der öffentlichen Verbreitung von Plakaten, Flugblättern und Flugschriften politischen Inhalts verboten.

Die Reichsregierung, so heißt es weiter, ist nicht gewillt, die in den letzten Wochen beobachtete

maßlose Verhetzung durch Flugblätter,

die in den Häusern verteilt worden sind, noch weiter zu dulden. Nach den bisher geltenden Vorschriften der Verordnung zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 28. März v. J. brauchten nur solche Plakate und Flugblätter politischen Inhaltes der Polizei zur vorherigen Kenntnisnahme mitgeteilt werden, die an oder auf öffentlichen Wegen, Straßen oder Plätzen angeschlagen, ausgestellt, verbreitet oder der Oeffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Nunmehr ist diese Vorschrift dahin ergänzt worden, daß

die Vorlegungspflicht auf alle Plakate und Flugblätter politischen Inhalts ausgedehnt ist, die in irgendeiner Art, also auch durch Verteilung in den Häusern, öffentlich verbreitet werden.

Der Memel-Streit

Die in Kowno überreichte Note der Signatarmächte zur Memel-Angelegenheit wird in Berliner politischen Kreisen an sich als ein erfreulicher Schritt bezeichnet; man ist jedoch der Meinung, daß es bei dieser Note allein nicht bleiben könne, sondern daß die Aktion nun auch bis zum vollen Erfolg fortgesetzt werden müsse.

Am Dienstag Memellandtag

Das Präsidium des Memelländischen Landtages hat beschlossen, den Landtag zu Dienstag, 22. März, 5 Uhr nachmittags, zu einer Sitzung einzuberufen. Da am 23. März eine Kreistagssitzung in Pogegen stattfindet, an der eine Reihe von Abgeordneten teilnehmen muß, wurde die Landtagssitzung im Einverständnis mit dem Direktorium nicht zum 23. März, wie es das neue Direktorium anfangs gewünscht hatte, sondern auf einen früheren Termin einberufen. In dieser Sitzung wird sich das Direktorium dem Landtag vorstellen.



Tolischus und Reisgies,

die von der litauischen Regierung unter Umgehung des Memel-Statutes als neue Mitglieder des Memel-Direktoriums eingesetzt wurden.

Große politische Rede Brauns

Preuß. Landtag

Der Preußische Landtag lehnt ohne Aussprache gegen die Stimmen der Antragsteller einen kommunistischen Antrag ab, der Einwirkung auf die Reichsregierung verlangt, den geplanten Osterfrieden, der eine Beeinträchtigung des Wahlkampfes bedeutet, nicht zu verhängen. Dann wird die politische Aussprache zur ersten Lesung des Haushaltsplanes für 1932 fortgesetzt.

Ministerpräsident Dr. Braun

der sogleich das Wort nimmt, führt aus, wer jetzt einen Blick auf unser öffentliches Leben werfe, sehe als hervorstechendsten Zug

die innere Zerrissenheit unseres Volkes.

Wir haben, so fährt der Ministerpräsident fort, über 6 Millionen Arbeitslose; und wir haben weitere Millionen Menschen in unserem Volke, die zwar noch nicht arbeitslos sind, aber doch auf das schwerste unter der schlechten Wirtschaftslage leiden. Statt daß nun alle Kräfte zusammengefaßt würden, um den Weg der Befreiung aus dieser Not zu verfolgen, sehen wir, daß leider weite Kreise des deutschen Volkes alle ihre Energie lediglich auf die innere Zerfleischung einstellen.

Meinungskämpfe müssen sein, weil sonst das politische Leben stagnieren würde; sie brauchen aber nicht ausgetragen zu werden mit Revolvern und Schlagringen,

wie es in unserem politischen Leben leider üblich geworden ist. (Rufe bei den Kommunisten: Und mit dem Gummiknüppel!) Man muß schon sagen, daß die früher aus dem wilden Westen und aus gewissen Balkanstaaten berichteten Zustände noch den Ausdruck einer höheren Kultur darstellen gegenüber den jetzt bei uns herrschenden Zuständen. (Lebhafte Zustimmung bei den Regierungsparteien.)

Der Abg. Dr. von Winterfeldt sagte, daß ihm

die Behandlung der Studenten

nicht gefalle. Ich erwidere ihm: Weitesten Kreisen des deutschen Volkes gefällt das Verhalten der Studenten nicht. (Lebhafte Zustimmung.) Die Studenten sind dazu berechtigt, ihre Staatsbürgerrechte in Anspruch zu nehmen. Tun sie das, dann nehmen sie aber auch damit die staatsbürgerliche Pflicht auf sich, sich gesittet und ordentlich zu verhalten. (Sehr wahr!) Sie dürfen sich nicht beschweren, daß sie bei einer Verletzung dieser Pflicht so behandelt werden, wie andere Leute, die die Gesetze verletzen. Ein alter preußischer Grundsatz sagt: Jedem das Seine. Das gilt auch für die Studenten. (Rufe bei den Kommunisten: „Sie werden auch mal das Ihre bekommen!") Wir dürfen nicht dulden, daß an den Hochschulen der Primat der Faust dem Primat des Kopfes übergeordnet wird. Früher war der Schlagring das Attribut gewisser Zuhälter- und Raufboldkreise. Heute ist er auch das Attribut gewisser national sich nennender studierender Kreise geworden. Es ist damit eine neue Spielart schlagender Verbindungen hervorgetreten. (Sehr gut! und Heiterkeit.) Ich weiß, daß zahllose Studierende trotz ernsten Strebens vor einer sehr trüben Zukunft stehen, daß Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit sie erfüllt. Aber

dadurch, daß sie sich gegenseitig die Köpfe einschlagen, bessern sie ihr Los nicht.

(Lebhafte Zustimmung.) Das Volk, das trotz seiner wirtschaftlichen Not noch immer erhebliche finanzielle Aufwendungen für seine höheren Lehranstalten macht, kann verlangen, daß diejenigen, die das Vorrecht genießen, diese Lehranstalten zu besuchen, sich gesittet und anständig wie jeder Staatsbürger benehmen.

Im Zusammenhang mit den leider notwendig gewordenen

Sparmaßnahmen

sagt man, Preußen baue die Kultur ab. Es ist gewiß schmerzlich, daß eine ganze Menge Errungenschaften auf kulturellem Gebiet, die wir im letzten Jahrzehnt machten, unter dem Druck der finanziellen Not bis zu einem gewissen Grade abgebaut werden müssen. Aber

von einem Abbau der Kultur in Preußen zu reden, dazu liegt nach den Leistungen des Staates nicht die geringste Veranlassung vor.

(Lärmender Widerspruch rechts und bei den Kommunisten.) Wir machen heute noch für Kulturaufgaben ganz erheblich höhere Aufwendungen, als sie vor dem Kriege gemacht worden sind. Im Jahre 1913 wurden in Preußen für Universitäten ausgegeben 22,6 Mill. RM., im Jahre 1931 57,6 Mill. RM. (Hört, hört bei den Sozialdemokraten — Rufe der Kommunisten: „Und die Ausgaben für die Polizei?") 1913 wurden für Theater nur 2 Mill. RM., 1931: 9,3 Mill. RM. ausgegeben, für höhere Schulen 1913: 24,3 Mill., 1931: 49,2 Mill. und für Volksschulen 1913: 155 Mill., jetzt 463 Mill. RM. (Zuruf der Kommunisten: „Sie haben die Kirchen vergessen!") Wenn bei uns das Analphabetentum so verbreitet wäre wie in gewissen östlichen Ländern, dann hätten Sie (zu den Kommunisten) Ursache, sich zu beschweren. Auch

für die Landwirtschaft

sind von staatswegen erheblich höhere Aufwendungen gemacht worden als unter dem alten System. Für den Osten sind auf Anregung des Reichspräsidenten auf Kosten der Allgemeinheit kolossale Aufwendungen gemacht worden. Es kommt darauf an, in welchem Verhältnis diese Aufwendungen zu der Leistungsfähigkeit der gesamten Wirtschaft stehen.

Man hätte aber erwarten müssen, daß der Osten sich zu dem heutigen Staat anders eingestellt hätte.

Die Stellung, so fährt der Ministerpräsident erregt fort, die diese

östlichen Gebiete am 13. März

gegenüber dem Herrn Reichspräsidenten eingenommen haben, übersteigt doch alles! (Lebhafter Widerspruch rechts.) Das ist die Folge Ihrer Agitation. (nach rechts) Wenn ich nicht wüßte, daß im Osten die Bevölkerung unter dem Eindruck einer verlogenen Agitation sich zu dieser Stimmabgabe hat verleiten lassen, dann müßte ich mich schämen, Ostpreuße zu sein. (Unruhe bei den Deutschnationalen und Zurufe.) Auf das schärfste muß es verurteilt werden, wenn die Bevölkerung Ostpreußens noch durch übertriebene politische Agitation geradezu in eine

Angstpsychose

versetzt wird. Durch gewisse

Manöverromane

versucht man sogar, Gefahren an die Wand zu malen, als ob der Pole gewissermaßen schon jeden Tag in Ostpreußen einrücken könnte. Bei einem politischen Angriff auf Ostpreußen, das betone ich hier ausdrücklich, steht

das ganze deutsche Volk geschlossen für Ostpreußen

ein. (Beifall.) Dem ostpreußischen Volk darf der Gedanke nicht kommen, daß es schutzlos Polen ausgeliefert sei. Eine solche Behauptung ist eine Gewissenlosigkeit. Die preußischen Staatsbürger polnischer Herkunft haben im übrigen das gleiche politische Recht wie alle anderen Personen. Aber irgendwelchen Bestrebungen auf Loßreißung von preußischem Gebiet wird von der preußischen Regierung auf das energischste entgegengetreten werden. Das Minderheitenabkommen setzt sich schließlich überall zugunsten des Deutschtums durch.

Das Vorgehen der litauischen Diktaturregierung im Memelland

wird von allen Deutschen aller Parteien

aufs schärfste verurteilt.

(Lebhafte Zustimmung.) Die Art, wie die deutsche Regierung in der Memelfrage vorgegangen ist, leistet den Memelländern bessere Dienste als alle Ratschläge gewaltsamen Vorgehens. Damit würde unseren Deutschen im Memelland der allerschlechteste Dienst erwiesen werden. Wie richtig das Vorgehen der deutschen Regierung war, wird sich schon in den allernächsten Tagen erweisen. Man hat erklärt, es hätte zu der politisch so wichtigen Memelfrage auch im Rundfunk Stellung genommen werden müssen. Das empfahl sich nicht. Aber wir sind der Empfehlung, politisch wichtige Dinge im Rundfunk zu behandeln, gefolgt, als wir den

Rundfunk bei den großen politischen Entscheidungen,

vor denen das deutsche Volk bei der

Reichspräsidentenwahl

stand, in entsprechender Weise in Anspruch genommen haben. Wenn man uns den Vorwurf macht, daß wir den Rundfunk den Regierungsparteien zur Verfügung gestellt hätten, so stimmt das mit den Tatsachen nicht überein. (Lachen rechts.) Es handelte sich bei der Reichspräsidentenwahl gar nicht um einen Kampf zwischen Regierungsparteien und anderen Parteien, sondern darum, welcher Mann die Spitze des Reiches einnehmen sollte. Die Hörer konnten verlangen, daß der Reichspräsident ein Wort sagt über seine siebenjährige Amtstätigkeit, und daß er gegen jene infamen kleinen Lügen Stellung nahm, die ihm entgegengeschleudert wurden. Das deutsche Volk hat auch einen Anspruch darauf, zu hören, was sein Kanzler zu der heutigen Situation zu sagen hat. (Beifall bei den Regierungsparteien — Widerspruch und Lachen rechts.) Wenn man erklärt, der Rundfunk hätte dann auch den anderen Kandidaten zur Verfügung gestellt werden müssen, so verkennt man die Aufgabe des Rundfunks und auch die Aufgabe derer, die über die zweckmäßige Handhabung des Rundfunks zu wachen haben. Augenblicklich ist Hindenburg Reichspräsident und wird es bleiben. (Bravo!) Auch wenn Hitler schon in Wahlversammlungen zum Präsidenten proklamiert worden ist, hat er damit doch noch keinesfalls den gleichen Anspruch auf den Rundfunk wie der amtierende Reichspräsident. Es kann nicht von Ueberparteilichkeit die Rede sein, wenn man denen das Wort gestatten wollte, die gegen den Staat anrennen. (Beifall bei den Regierungsparteien. — Zuruf rechts: Das werden wir uns merken!) Vor dem Kriege herrschte in dieser Beziehung ein ganz anderes „System". (Zustimmung bei den Regierungsparteien.) Die Wahlfreiheit sah damals anders aus! Demokratie heißt nicht Selbstvernichtung! Es ist auch keine Beeinträchtigung darin zu erblicken, wenn auf einer Konferenz der Oberpräsidenten erklärt worden ist, man sollte weniger die Zeitungen verbieten als ihnen Auflagenachrichten geben, damit auch ihre Leser die Wahrheit erfahren.

Der Ministerpräsident wendet sich gegen die ihm zugeschriebene Aeußerung, die Linke werde einen

Staatsstreich

machen, wenn Hitler gewählt werden sollte. Soviel sollten die Nationalsozialisten begreifen, daß, wenn sie die ihnen zugefallene Macht legal auf parlamentarischem Wege ausüben müßten, nach wenigen Wochen von ihrer ganzen Herrlichkeit nichts mehr übrig wäre. Wenn sie dann durch einen Staatsstreich die verfassungsmäßigen Rechte beseitigen wollten, würde sich das natürlich die republikanische Bevölkerung nicht gefallen lassen.

Jeder Bürgerkrieg sei letzten Endes ein Anreiz für Expansionsgelüste gewisser Nachbarn.

Wir brauchen nur nach dem Fernen Osten zu sehen. Sie (zu den Deutschnationalen) haben

die Wirtschaftspolitik

in den letzten Jahren viel stärker beeinflußt als jede andere Partei. Wenn jemand aus Ihren Reihen — ich erinnere an Herrn Schiele und Schlange-Schöningen — zur Vernunft kommt, dann können Sie ihn nicht mehr brauchen. (Lachen rechts.) Die Zölle übersteigen heute um das drei- bis vierfache diejenigen der Friedenszeiten. Die Privatwirtschaft steht auf dem Standpunkt, daß der Staat sich nur betätigen dürfe, um die durch die Fehlmaßnahmen der Wirtschaft entstandenen Schäden auf die Allgemeinheit abzuwälzen. So geht es nicht.

Mit der Katzenellenbogenfreiheit muß Schluß gemacht werden.

Wenn Herr von Winterfeldt behauptet hat, Preußen sei durch das jetzige System in Grund und Boden gewirtschaftet worden, so sagen wir: Es ist das alte System gewesen, dem man diesen Vorwurf machen kann, und das einen Trümmerhaufen hinterlassen hat. Wir aber haben

eine sehr einsichtige und vorsichtige Finanzpolitik getrieben.

Wer bemängelt, daß die Staatsfinanzen nicht gesund sind, vergißt, daß die gesamte deutsche Wirtschaft, ja die Weltwirtschaft krank ist, und wir in einer Zeit der allgemeinen Krise leben. Die nächsten Wochen müssen zeigen, ob im preußischen Volk Vertrauen zu unserer Politik vorhanden ist. Es handelt sich nicht mehr um einen Kampf, um Systeme oder Weltanschauungen, sondern um einen

Kampf um Sein oder Nichtsein Preußens und des deutschen Volkes!

(Sehr wahr! bei den Regierungsparteien.— Ironischer Beifall rechts.) Es geht darum, ob politische Hysteriker und Psychopathen die Not ausnutzen sollen, oder aber ob das Volk verantwortlich daran arbeitet, aus seiner furchtbaren Not herauszukommen und einer besseren Zukunft entgegenzugehen. Am 13. März hat sich fast die Mehrheit des Volkes hinter Hindenburg gestellt. Wir hoffen, daß auch am 10. April, aber auch am 24. April, am Tage der Preußenwahl, erneut dieser politische Wille des deutschen und des preußischen Volkes zum Ausdruck kommt. (Beifall bei den Regierungsparteien.)

Im Laufe der Debatte nahm auch

Finanzminister Klepper

zweimal das Wort, um kurz die materiellen Gesichtspunkte des Etats zu rechtfertigen, wie er es in der Oeffentlichkeit schon getan hat. Bemerkenswert war sein

Abrücken von der Behauptung, daß wieder eine Gehaltskürzung geplant sei.

Nach dem Christlich-Sozialen **Meyer**, der die Benachteiligung des evangelischen Volksteiles beklagte, nahm zu allgemeiner Ueberraschung ein Nationalsozialist, der Abgeordnete **Kube**, das Wort, dessen Freunde im Landtag nicht mehr mitgearbeitet haben seit dem ersten Auszug der NSDAP. aus dem Reichstag. Er sagte, daß der Nationalsozialismus beweisen werde, daß man ein Volk regieren könne, ohne es an den Rand des Abgrundes zu bringen. Ihm folgten die Abgeordneten **Markwald** (Soz. Arbeiterpartei) und **Seipold** (linker Kommunist), worauf die zweite Rednerreihe durch den deutschnationalen **Oelze** eingeleitet wurde, der vornehmlich außenpolitische Kritik übte. Der Sozialdemokrat **Heilmann** empfahl den Mittelparteien, durch ehrliche Aufklärung der Wähler einen Damm gegen den Nationalsozialismus zu errichten, wie die SPD. ihn gegen den Bolschewismus gebaut habe, und verlangte Einschreiten der Reichsregierung gegen „die bewaffnete Privatarmee Hitlers". — Abg. **Kölges** (Ztr.) wies die Verdächtigung des Nationalgefühls des Zentrums ab, die sich im Wahlkampf zeige, trat für das Saargebiet ein und forderte schleunige Hilfe für

Der Wahlkampf geht weiter

Eine Aussprache unter den republikanischen Parteien

Der Deutsche Republikanische Reichsbund hatte in Berlin zu einem Aussprachеabend mit dem Thema „Nach der Schlacht" eingeladen. Die Kundgebung leitete Ministerialdirektor **Dr. Spieker.**

Karl Vetter bezeichnete den Wahlerfolg vom 13. März als markanten Sieg der Vernunft, den man vornehmlich der Eisernen Front verdanke. Für die Republik entscheidend werde erst die Wahl vom 24. April sein. Um eine endgültige Besserung der politischen Zustände zu erreichen, müsse sich ein großer deutscher Freiheitsblock bilden, der allen Deutschen ohne Unterschied des politischen Bekenntnisses, der Konfession, des Geschlechtes und des Herkommens die Sicherheit verschaffe, sich als freie Bürger der Republik zu fühlen.

In der Aussprache gab der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete **Kurt Heinig** der Passivität des republikanischen Bürgertums die Hauptschuld an dem nicht vollständigen Erfolge. Man müsse den Wählern nachdrücklich klarmachen, wie die Reaktion vor dem Kriege aussah. —

Reichstagsabgeordneter **Lemmer** von der Deutschen Staatspartei meinte, die Hauptkraft jetzt auf die Aufklärung des außerhalb des Zentrums stehenden Bürgertums zu legen. Hier erlebe man die Bankerotterklärung gegenüber den Phrasen des Nationalsozialismus. Die Verbreitung einer Angstpsychose sei dessen wirksamste Waffe gewesen. Man müsse dem Bürgertum wieder Hoffnung geben auf Wiederkehr menschenwürdiger Verhältnisse in Deutschland. —

Ein Redner der Jugend, **Dr. Hubertus Prinz zu Loewenstein**, forderte, daß die Bewegung der Eisernen Front sich ganz besonders der Organisation der Jugend annehme.

Frau Dr. Gertrud Klausner sprach über die Sinnesänderung, die man bei den Millionen Frauen, die für Hitler gestimmt hätten, erreichen könne, wenn man sie beim Gemüt packe und ihnen zeige, daß sie beim Nationalsozialismus gar nichts zu suchen haben würden.

Dringend forderte der Führer der Deutschen Staatspartei **Dr. Weber** von der Regierung die sofortige Rücknahme des Reichswehrerlasses Dr. Groeners. Der Reichskanzler sollte, sei es auch durch Notverordnung, die Möglichkeit schaffen, dem „nationalsozialistischen Terror auf dem Lande" ein Ende zu machen.

Der Zentrumsabgeordnete **Dr. Krone** führte dann aus, man werde die Masse des Bürgertums, die sich der sozialen Revolution in die Arme geworfen habe, nur durch eine Gegenbewegung zurückgewinnen können. Man müsse sie überzeugen, daß die Republik, um dem Bürgertum zu helfen, sich nicht scheue, auch das heutige Wirtschaftssystem entsprechend umzubauen. Außenpolitisch sollte mehr dem gesunden nationalen und volklichen Gedanken, der durch Deutschland gehe, Rechnung getragen werden. Die Wahlpropaganda müsse ganz besonders auf die vorwiegend bäuerlichen Gebiete eingestellt werden.

Im Schlußwort faßte der Vorsitzende die allgemeine Auffassung dahin zusammen, daß die schwersten Kämpfe noch bevorstehen. Von einem wirklichen Siege könne erst gesprochen werden, wenn am 10. April sich die Stimmen für Hindenburg auf 20 Millionen erhöhten und die Stimmen für Hitler auf 9 Millionen zurückgingen.

Ein Aufruf der SPD

Der sozialdemokratische Parteivorstand nimmt in einem Aufruf an die Partei Stellung zu der Entscheidung des 13. März. Zunächst gelte es, endgültig Schluß zu machen mit „dem System der nationalsozialistischen Volksvergiftung". Es gelte, Hitler am 10. April „noch gründlicher" zu schlagen als am 13. März; es gelte, die Landtagswahlen in Preußen, Bayern, Württemberg und den anderen Ländern zu einem guten Ende zu führen. Der Aufruf sagt: „Schafft Volksvertretungen, in denen nicht Theater gespielt und nicht Radau getrieben, sondern sachliche Arbeit geleistet wird!"

Darüber hinaus aber bezeichnet der Aufruf den Kampf gegen die „großkapitalistischen Geldgeber" der Faschisten als letztes wichtigstes Ziel. An Stelle der kapitalistischen Anarchie, so sagt er, müsse die Wirtschaftspolitik des Sozialismus treten.

Den Parteimitgliedern wird im Aufruf Anerkennung gezollt für die Geschlossenheit, mit der sie die Parole der SPD.: „Schlagt Hitler — wählt Hindenburg!" befolgt hätten, eine Parole, die auch für die Reichspräsidentenwahl am 10. April nochmals ausgegeben wird.

Der Kommunistischen Partei wird vorgeworfen, sie habe durch „Aufstellung einer aussichtslosen Zählkandidatur bewußt das Spiel Hitlers getrieben, an der Sache der Arbeiterklasse offenen Verrat geübt."

Keine zweite Kandidatur des Kampfblockes Schwarz-Weiß-Rot

Wie die Kreuzzeitung, das offiziöse Stahlhelmblatt mitteilt, dürfte der Kampfblock Schwarz-Weiß-Rot in einer Erklärung zu dem Ergebnis der Wahlen des 13. März Stellung nehmen. Diese Erklärung dürfte feststellen, daß, wenn auch nicht formell, so doch praktisch der bisherige Reichspräsident, Generalfeldmarschall von Hindenburg, erneut gewählt und daß deshalb ein zweiter Wahlgang, der an dem praktischen Ergebnis des ersten ja doch nichts ändern würde, ohne jedes Interesse sei.

Rosenberg zu Hugenbergs Vorschlag

Der Hauptschriftleiter des „Völkischen Beobachters", Alfred Rosenberg, bespricht den Vorschlag Hugenbergs, daß die Deutschnationale Volkspartei die Wiederwahl Hindenburgs durch verfassungsändernden Beschluß eines neu zu wählenden Reichstages anzuerkennen bereit sei. Hugenberg, so schreibt Rosenberg, habe sich mit seinem Vorschlag mehr als böse vergriffen. Wenn schon die Splitterkandidatur Düsterbergs ein politisch nicht entschuldbares Vorgehen gewesen sei, so werde wohl in den Reihen der Deutschnationalen Volkspartei selbst über den jetzigen Schritt Unwille und Erstaunen hervorgerufen worden sein. Die Nationalsozialisten interessiere allein Hugenbergs Absage, einen zweiten Gang mitzumachen. Die Tatsache, daß die bürgerliche Opposition ein Friedensangebot machte, daß Hitler aber Kampf ansagte, zeige die charakterlichen Unterschiede in der Führung des großen Ringens mehr als deutlich auf. Einem Enthaltungsbefehl Hitler gegenüber würde sich nur ein Teil der Deutschnationalen Volkspartei und des Stahlhelms fügen, der andere würde eben doch Hitler wählen, als den einzig möglichen sinnfälligen Protest gegen den Kandidaten der rot-schwarzen Front. Rosenberg erklärt zum Schluß, man wolle die endgültigen Entschlüsse abwarten.

die Gemeinden. Auch im neuen Landtag werde niemand am Zentrum vorübergehen können.

Die Weiterberatung wurde auf Freitag vertagt. Außerdem: Heraufsetzung des Wahlalters.

Beschlüsse des Reichsrats

Im Reichsrat verabschiedete sich am Donnerstag der sächsische Ministerialdirektor Dr. Poetzsch-Heffter, der einem Ruf als Professor für öffentliches Recht an die Universität Kiel folgt. Er gab dabei dem Wunsche Ausdruck, daß der Reichsrat recht bald die Reichsreform in Angriff nehmen könne.

Außer einigen kleinen Verordnungen genehmigte der Reichsrat dann die

Verordnung über Handelsklassen für Hühnereier

Sie soll die deutschen Geflügelhalter zur Erzeugung hochwertiger Eier erziehen und sie dadurch konkurrenzfähig auf dem Weltmarkt machen. Es werden zwei Gütegruppen mit je fünf Gewichtsgruppen gebildet. Wer sich den Handelsklassen einordnen will, muß sich dem Kennzeichnungszwang für Eier unterwerfen. Das Recht, Eier zu kennzeichnen, ist jedoch von einer Genehmigung und einer dauernden Kontrolle bis zum Erzeuger zurück abhängig. Der Großhandel muß laufende schriftliche Lieferverträge mit den Erzeugern nachweisen. Für die Vergangenheit hatten die Reichsratsausschüsse auf diesen Nachweis verzichtet. Der Mindestumsatz muß zwei Millionen Eier betragen, auch ein Mindestgeflügelbestand ist vorgesehen. Die Reichsregierung hat jedoch auf Wunsch Bayerns die Zusicherung gegeben, daß im praktischen Vollzuge der Nachweise dieses Mindestbestandes auf einen Stichtag abgestellt wird. An dem Kennzeichnungszwang für Kühlhauseier hatten schon die Reichsratsausschüsse mit großer Mehrheit festgehalten. Ein bayerischer Antrag, den Mindestumsatz von zwei auf eine Million herabzusetzen, wurde abgelehnt.

Ferner genehmigte der Reichsrat die Verordnung zur Vereinfachung und

Verbilligung der Arbeitslosenversicherung.

Auf Vorschlag des Vorstandes der Versicherungsanstalt erweitert diese Verordnung die Zuständigkeit des Vorstandes auf Kosten des Verwaltungsrates. Ferner vermindert sie die Zahl der Mitglieder des Vorstandes, des Verwaltungsrats, der Verwaltungsausschüsse, der Landesarbeitsämter und Arbeitsämter. Eine materielle Reform der Versicherung ist von der Verordnung nicht beabsichtigt. In den Reichsratsausschüssen ist jedoch auf die Notwendigkeit einer Neuregelung der gesamten Arbeitslosenhilfe auch unter finanztechnischen Gesichtspunkten nachdrücklich hingewiesen und der dringende Wunsch geäußert worden, daß die Reichsregierung diese Frage baldmöglichst in Angriff nehme. Ferner hatten die Ausschüsse einige Aenderungen an der Verordnung vorgenommen diese wurden jedoch in der Vollsitzung des Reichsrates auf Antrag der Reichsregierung wieder rückgängig gemacht. So hatte die Regierungsvorlage vorausgesetzt, daß der Höchstsatz für die Beiträge und der Reichsanteil für den Beitrag künftig vom Vorstand festgesetzt werden soll, während die Mehrheit der Ausschüsse diese Aufgabe dem Verwaltungsrat überlassen wollte. In diesem Falle wurde die Regierungsvorlage mit 47 gegen 19 Stimmen Sachsens, Württembergs, Thüringens und einiger kleiner Länder angenommen.

Sodann stimmte der Reichsrat dem Gesetzentwurf über die

Begründung des Beamtenverhältnisses

zu. Nach Auffassung der deutschen Gerichte ist jeder dann Beamter, wenn er auch nur vorübergehend Hoheitsfunktionen ausübt. In vielen Fällen ist deshalb Gehalt und Ruhegehalt, ja teilweise sogar Hinterbliebenenversorgung zugesprochen worden, was sich bei Ländern und Gemeinden katastrophal ausgewirkt hat. Der Gesetzentwurf will daher mit rückwirkender Kraft die Begründung des Beamtenverhältnisses von einer Anstellungsurkunde abhängig machen. Bereits gezahlte Bezüge sollen jedoch nicht zurückgefordert werden. Die bayerische Regierung stimmte gegen das Gesetz, weil es ohne weiteres nicht nur für das Reich, sondern auch für Länder und Gemeinden gelten soll. Bayern hatte die Ermächtigung für die Länder gewünscht, das Gesetz für ihr Gebiet selbständig in Kraft zu setzen. Trotzdem wurde der Entwurf mit der für Verfassungsänderungen erforderlichen Zweidrittelmehrheit angenommen.

Schließlich genehmigte der Reichsrat die Ausprägung von

Drei- und Fünf-Mark-Stücken mit dem Bilde Goethes.

*

Die Schutzmaßnahmen für die Geflügelhaltung

Die sogenannte „Eierverordnung", die vom Reichsrat verabschiedet worden ist, schafft eine der bedeutsamsten Voraussetzungen für die Bereinigung des deutschen Eiermarktes. Binnen kurzem werden auch die weiteren Pläne für die Rentabilitätssteigerung der Geflügelhaltung in die Tat umgesetzt werden. Es ist eine Erweiterung der bisherigen Geflügelmaisaktien beabsichtigt. Die Abgabe des verbilligten Geflügelfutters soll vorläufig an alle Geflügelhalter erfolgen, und es ist wahrscheinlich bald mit einer Ergänzung des handelspolitischen Schutzes der deutschen Geflügelhaltung zu rechnen.

Gedenkfeier für Briand in der deutsch-französischen Gesellschaft in Berlin

Der Ausspracheabend der deutsch-französischen Gesellschaft im Hotel „Esplanade" in Berlin war in seinem ersten Teil eine Gedenkfeier für Aristide Briand, der Botschafter Francois-Poncet mit den Herren seiner Botschaft beiwohnte. Auch Reichstagspräsident Löbe war erschienen. Desgleichen Dr. Marie Lüders. Die Gedenkrede auf Briand hielt **Staatssekretär Dr. Weißmann.** Briand habe, so führte er aus, keinen persönlichen Ehrgeiz besessen. Er habe in den höchsten Aemtern seines Landes nur für seine Nation gewirkt. Seine glühende Begeisterung habe der Verständigungspolitik gegolten, mit der er sich immer wieder beschäftigte, trotzdem er gewußt habe, wie schwer Probleme von Volk zu Volk zu regeln seien. Als Streiter für den Frieden sei Briand Gemeingut aller der Völker, die an einen Frieden glaubten. Diesen Frieden könne die Erinnerung an Briand und Stresemann am wirksamsten stützen.

Am Schluß wurden die letzten Aufnahmen von Briand als Diapositive gezeigt. Als die Aufnahme seines Besuches am Grabe Stresemanns gezeigt wurde, erhoben sich die Anwesenden ihm zu Ehren von ihren Plätzen.

Als Thema der deutsch-französischen Aussprache war das Problem „Nation und Welt" gewählt worden. Es sprachen Prof. Henry Bidou aus Paris und Jakob Schaffner.

Heldenhafte Rettungsversuche

beim Grubenunglück in Nord-Böhmen

Wie von der Generaldirektion der Brucher Kohlenwerke mitgeteilt wird, besteht keine Aussicht mehr, die in der Grube eingeschlossenen acht Bergleute zu retten. Dennoch werden die Rettungsversuche mit aller Kraft fortgesetzt. Durch den Luftschacht in den Stollen hinabgelassene Briefe blieben ohne Antwort. Auch eine stark leuchtende Grubenlampe wurde hinabgelassen, doch fand sich keine Hand, die die Lampe erfaßt hätte.

Bei den Rettungsversuchen wurden wahre Heldentaten vollbracht. Ein Maschinist, der die Grundwasserpumpe zu bedienen hatte, blieb auf seinem Posten in dem Bewußtsein, durch seine Flucht müßte die Grube ersaufen. Donnerstag mittag teilte er telephonisch mit, daß sich die Rauchschwaden näherten und fragte, ob er seinen Platz verlassen dürfe. Ihm wurde geantwortet, bis zum äußersten auszuharren. Nach einigen Stunden teilte er mit, daß ihm Rauch und Gase bereits den Weg zum Schacht abgeschnitten hätten und daß er sich zum Luftschacht begebe. Seitdem fehlt von ihm jede Spur.

Donnerstag nachmittag ließ sich ein Bruder eines verschütteten Obersteigers, der Vater von sieben Kindern ist, an der Wand des 2½ Meter breiten und 395 Meter tiefen Luftschachtes mit einem Seil hinab, obwohl er selbst Vater von einigen Kindern ist. Ihm schloß sich noch ein Bergmann an. Ueber das Ergebnis ihrer Rettungsversuche ist bisher noch nichts bekannt.

Die Ursache des Unglücks ist auf Selbstentzündung der Kohle zurückzuführen. 400 Mann sind damit beschäftigt, das Feuer zu ersticken. Gelingt es nicht, so werden 1500 Arbeiter brotlos.

Neue Kleidung!

Sie haben sicher Bedarf!

Seit Monaten sind unsere eigenen Großbetriebe damit beschäftigt, das Schönste und Beste zu schaffen.

Wir bieten mehr!

Bessere Kleidung zu billigeren Preisen, in einer Auswahl, die alle Erwartungen übertrifft. Wir kaufen alle Grundstoffe direkt in den bedeutensten Webereien. Die Herstellung der gepflegten Fertigkleidung erfolgt in unseren eigenen Kleiderfabriken und Handwerkstätten. Wir bieten Ihnen Kleidung, woran Sie Freude und Dienste haben, zu äußerst errechneten Barzahlungspreisen, für jede Figur, auch für Herren mit ganz anormaler Körperform und in jeder Geschmacksrichtung.

Palmsonntag, den 20. März, von 2-6 Uhr geöffnet!

Ohligs

BARMEN UND SOLINGEN

Das führende Haus für maßgeschneiderte Fertigkleidung

Städt. Handelsschule Burscheid

(Wirtschaftsschule; mittlere Reife).

Anmeldungen

für die Osteraufnahme werden entgegengenommen.

Prospekte und Auskunft durch den Unterzeichneten.

Deuster, Direktor.

Qualität:

Salamander - vorzügliches Boxcalf neueste Formen und neueste Farben



Preis nur 9.75

Röseler

OPLADEN · LÜTZENKIRCHEN · OHLIGS

Ia gewalzter

Stockfisch

per Pfd. 1.40

KONSUMGENOSSENSCHAFT

EINIGKEIT

Heute Abend 7 Uhr entschlief sanft und ruhig, nach langem schweren Leiden, unsere liebe treusorgende Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwägerin und Tante

Frau Witwe Karl Becker

Rosa geb. Molitor

im Alter von beinahe 74 Jahren.

Um stille Teilnahme bitten

die trauernden Hinterbliebenen

Rötzinghofen und Kämersheide, 16. März 1932.

Die Beerdigung findet Sonntag, den 20. März, nachm. 2.15 Uhr, vom Sterbehause in Rötzinghofen aus statt.

Da staunst Du!

Herren-Anzüge in moderner Ausführung, ab Mark **15.00**

Sport-Anzüge mit Knickerbocker oder langer Hose, ab Mark **14.00**

Sommermäntel in neuen Farben, ab Mark **19.00**

Kinder-Anzüge ab Mark **7.50**

Hosen in allen Größen, ab Mark **1.95**

Herrenmützen Mark **0.75** **Herrenhüte** Mark **1.95**

Große Auswahl in
Herren-Wäsche, Krawatten, Pullover usw.

Albert Josef

Opladen, Kölnerstr. 15

Größtes Spezialhaus für Herren- und Knabenbekleidung.

Sonntag geöffnet!

Inserieren bringt Gewinn!

Der große Osterverkauf

hat begonnen!

In allen Abteilungen bin ich gerüstet, Sie auf das Beste zu bedienen!

Meine Spezial-Abteilungen:

Damen- und Backfisch-Konfektion
Herren- und Knaben-Bekleidung

Kleider-Stoffe und **Gardinen**

zeigen Ihnen das Neueste, was die Mode bringt!

Modernes Kaufhaus Alwill Thomas jr.

Wermelskirchen.

Sonntag, den 20. März, sind meine Geschäftsräume von 2 bis 6 Uhr geöffnet. Beim Einkauf von RM 20.00 an Fahrtvergütung III. Klasse.

Sonntag, den 20. März

findet auf vielseitigen Wunsch die Aufführung des Theaterstückes

„Das Glück in der Mühle"

aufgeführt von Kameraden des Löschzuges Hilgen im Saale von **Heinrich Prante, Hilgen,** zum zweitenmal statt.

Eintritt 0,50 RM.

Einlaß 5.30 Uhr. Anfang 6 Uhr.

Anschließend

Ball

Es ladet freundlichst ein

Freiw. Feuerwehr Hilgen

Lucie! Mia!

Auch an allen März-Sonntagen

Treffpunkt: Mitte Hilgen

im gemütlichen kleinen Sälchen, direkt am Schild

Carl und Otto

Moderne Lichtbühne

Burscheid

Samstag 8.15 Uhr — Sonntag 5 und 8.15 Uhr

Tonfilm **Tonfilm**

Frauenraub auf Madagaskar

(Cain)

Ein Mann Cain, eine Frau Zouzour und die Natur. Aufgenommen auf den Inseln Madagaskar und NossiBe

Dazu

Schnellfeuer der Liebe

Ein Filmschwank von W. Wassermann

Ufa-Tonwoche **Kulturfilm** **Lustspiel**

Achtung! **OSTERN** Achtung!

Willy Fritsch Käthe v. Nagy

Ihre Hoheit befiehlt

Achtung!!

Alles wählt am Samstag und Sonntag das Lichtspielhaus Hilgen . . .

. . . weil da zwei große Filme laufen.

Maria Paudler **Fritz Schulz**

in der temperamentvollen, herzerfrischenden Tonfilm-Operette

Einer Frau muß man alles verzeihn

Hierzu das große **Militär-Lustspiel**

Es zogen drei Burschen

mit

Hans Brausewetter **Teddy Bill**
Hans Albers **Fritz Kampers**

Lustspiel **Kulturfilm**

Damen- u. Herrenfrisier-Salon Gerhards



Erstklassige Bedienung!
Dauerwellen
Moderne Frisuren
Haarfärben
Künstl. Höhensonne-Bestrahl. gegen Haarausfall

Fernspr. 604 *Hauptstr. 36*

Verschleimung
Husten **Asthma**

Nach wenigen Tagen von heftigem Husten geheilt. H. Müller, Barmen.

Das Beste, was ich in meinen 62 Jahren brauchte. Fr. Ostrowski.

Nach 8 Tagen waren Schmerzen und Heiserkeit vollständig verschwunden. Fr. Dr. Wages.

War mit der 1. Flasche sehr zufrieden. Fr. Direktor R.

Laut vielen ärztlichen Gutachten hilft sofort unter Garantie **Husta-Glycin,** Fl. 0.95 u. 1.65. Erhältl.:

Drogerie Leo Becker, Hauptstr. 29
und
Drogerie Robert Seck, Hilgen.

Bergischer Volksbote

Druck und Verlag von Hermann Claas, Burscheid — Burscheider Zeitung — Nr. 66 2. Blatt — Freitag, 18. März 1932

Welchen Beruf wähle ich?

Nicht, weil die Zeit fast aussichtslos für neu in das Berufsleben tretende junge Mädchen — besonders in den Stand der weiblichen kaufmännischen Angestellten in Handel und Kontor — erscheint, soll man den Mut zur Berufstätigkeit verlieren, sondern aus diesem Grunde soll die Frage der Berufswahl, der Eignung für den gedachten Beruf, sowie der Berufsberatung wägend und mit dem gebotenen Ernst geprüft werden.

Nicht alle Jungmädchen, die zum kaufmännischen Beruf drängen, sind dort am richtigen Platze. Darum: bei der Berufswahl ist vor allem eine gewisse Sachlichkeit, ein Sichselbstbeobachten, ob nicht nur das bloße Streben in einen Beruf möglich ist, weil viele eben diesen Beruf wählen und auch in ihm vorwärtskommen. Berufswahl ist das sondierende Prüfen seiner Fähigkeiten, Anlagen und letzlich auch der Hinneigung zu dem erwünschten Beruf, eine eigene Abschätzung seiner Eignung für diesen, bei der man sich nicht selbst täuschen darf, sondern das Für und Wider in rechter Weise gegenüberstellen muß. — Entscheidet man sich nach reiflicher Ueberlegung für den kaufmännischen Beruf, so muß die Frage geklärt werden, ob Kontor- oder Verkaufsangestellte. Für beide Arten des kaufmännischen Berufes sind gute Schultenntnisse und Schulzeugnisse, — vor allem die richtige Beherrschung unserer deutschen Sprache —, eine leichte Auffassungsgabe und Anpassungsfähigkeit Vorbedingung. Ein junges Mädchen, das den Verkäuferinnenberuf wählt, muß gewandt im Verkehr mit Menschen sein, für beide aber — Kontor, sowie Verkaufsangestellte — ist neben der geistigen auch die körperlich-gesundheitliche Befähigung zu dem gewählten Beruf ausschlaggebend.

Die zweite wichtige Frage ist die Berufsausbildung. Bei der Verkaufsangestellten wird immer die dreijährige praktische Lehrzeit Bedingung sein. Die Kontorangestellte hat zwei Ausbildungsmöglichkeiten: entweder die dreijährige praktische Lehre, verbunden mit Berufsschulbesuch, oder den zweijährigen Besuch der städtischen Handelsschule. Kann man eine praktische Lehrzeit durchmachen, so ist darauf zu achten, daß ein Lehrvertrag, in dem die Rechte und Pflichten des Lehrherrn sowie des Lehrlings festgelegt sind, getätigt wird. Berufswahl, Berufseignung und die Frage der Berufsausbildung, können durch geeignete Berufsberatung nie genug vertieft und klargestellt werden. Darum ist es gut, sich vor der Entscheidung beraten zu lassen. Der Verband der weiblichen Handels- und Büroangestellten e. V., Köln, Gereonstraße 13, der sich stets für die Belange der kaufmännischen Angestellten eingesetzt hat und einsetzt, ist neben der öffentlichen Berufsberatung die Stelle, die eine gute und zweckdienliche Berufsberatung erteilt.

Einweihung der Kirche in Neuenhaus-Hilgen

Die Kirchengemeinde Neuenhaus-Hilgen ist aus Ausläufern der Gemeinden Wermelskirchen und Burscheid am 1. Januar 1895 gebildet, nachdem als Vorläufer der Gemeinde ein Pfarrvikariat seit dem 30. November 1890 bestanden hatte, das die Schulbezirke Neuenhaus und Hilgen umschloß. Ein Beetsaal, als ein Provisorium errichtet, wurde mit dem Grundstück bei Errichtung der Gemeinde von dem Erbauer, Herrn Emil Pfeiffer zu Neuenhaus, geschenkt, um ihre Selbständigkeit zu ermöglichen. Später wurde der kleine Turm dem Gebäude angefügt. Das Gebäude selbst, mit geringen Mitteln erbaut, zeigte bald erhebliche Mängel. 1914 plante die größere Gemeindevertretung bereits einen Neubau anstelle des bisherigen Gebäudes. Die Neubaupläne wurden damals vom Provinzialkirchlichen Bauamt angefertigt. Der Baufonds wies bereits erhebliche Beträge auf, als durch die Inflation das Baukapital so zusammenschmolz, daß es rechtzeitig noch in Dachziegel verwandelt, wenigstens dem Gebäude eine dringend notwendige Dachhaut verschaffte.

Nach Stabilisierung der Mark wurden

die alten Pläne neu gefördert

sonderlich setzte eine recht erfreuliche Spartätigkeit ein, um zunächst ein neues Geläut anstelle der letzten, aus dem Krieg noch übrig gebliebenen Glocke und dann eine Orgel anstelle des alten Harmoniums zu beschaffen. Mit einem Kostenaufwand von rund 5000 RM wurde 1927 das erste Ziel erreicht. Die Gemeinde konnte die aus freiwilligen Gaben bezahlten Glocken (GA) einholen. Der Einbau einer Orgel aber scheiterte an dem baulichen Zustand des alten Gebäudes, das eine zu geringe Höhe zwischen Empore und Decke aufwies, so daß eine Orgel nicht unterzubringen war. Dazu kamen zahlreiche und wachsende Mängel des Gebäudes.

Ueber den baulichen Zustand berichtete das staatliche Hochbauamt unter dem 27. August 1930 nach einer gemeinsamen Besichtigung mit dem Kreisbauamt und dem Stadtbauamt: „Das Außenmauerwerk der Kirche besteht zwischen den mit Klinkern gemauerten Pfeilern aus ungefugtem, gewöhnlichen Ziegelmauerwerk in Kalkmörtel. Der stark sandige Mörtel ist stellenweise tief ausgewaschen und kann mit den Fingern herausgebröckelt werden. Die starken Efeuranken, welche zur Verdeckung des unschönen Mauerwerks vor längeren Jahren angebracht worden sind, haben sich über die ganze Mauerfläche bis zum Dachgesims ausgebreitet und zum Teil die Fugen erweitert, so daß beim Loslösen einiger Ranken sich 5—8 cm tiefe, offene Fugen zeigten. Daher ist das Mauerwerk gegen Feuchtigkeit nur schlecht geschützt und der Schlagregen hat stellenweise inneren Wandputz durchfeuchtet. Auch dürfte durch den Wuchs der Efeuranken eine allmähliche Zerstörung der Mauerfugen eintreten. — Die Heizungsanlage genügt nicht im mindesten den baupolizeilichen Anforderungen. Vorhanden ist ein eiserner Rundofen, dessen Rauchgase in einem Blechrohr durch die Decke und den Dachboden zum Dach hinaus geführt werden. Im Dachboden mündet das Blechrohr in ein Tonrohr, dieses in einen Zementschornstein, der dicht an dem Holzwerk eines Binders vorbeigeführt und dessen Steine sich verschoben haben und nur unvollkommen ausgefugt sind. Die Anlage ist daher im höchsten Grade feuergefährlich. Eine Reihe von weiteren Mängeln sprechen für einen durchgreifenden Umbau".

Der fertige Umbau

Die Pläne für den nunmehr erledigten Umbau sind von dem Kreisbauamt in Opladen angefertigt und fanden sehr bald die Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde. Dem Kreisbauamt in Opladen wurde auch die örtliche Bauleitung übertragen.

Aus Sparsamkeitsgründen sollte von dem bisherigen Gebäude soviel erhalten bleiben, als möglich war. Dadurch waren freilich für den Umbauplan um so größere Schwierigkeiten gegeben. Einen Neubau kann man viel leichter erstellen, da für den Entwurf keine Bindungen vorhanden sind. Anders hier, wo auf drei Seiten das von Efeu in seinen Fugen angefressene Mauerwerk erhalten bleiben sollte und das Dach eine weitere Begrenzung in der freien Gestaltung bot. Der Boden des früheren Gebäudes war angeschüttet, so daß ein Tieferlegen um 80 cm einen größeren Rauminhalt und die Möglichkeit eines notwendigen Abstandes zwischen Empore und Decke ergab. Altar, Kanzel und Presbytergestühl wurden in den Chorraum verlegt, der auf der nordöstlichen Seite des alten Kirchenschiffes über einem Heizraum mit Heißluftheizung mit besonderen Frischluftschächten und über einer für den Betrieb des Gemeindehauses notwendigen Küche angebaut ist. Ein Geländeaustausch mit dem Besitzer des Nachbargrundstückes ermöglichte die rechtwinklige Durchführung, so daß rechts und links vom Chorraum Sakristei und Archiv eingebaut werden konnten, ohne daß die Chorrückwand auch Außenwand wurde. Der Fußboden ist als Steinholzfußboden (Arnhold-Langenberg) fußwarm. Die Wände haben einen Belag von naturgeblümten Solenhofer Platten (Ostara-Köln). Die neuen Fensteröffnungen geben dem langgestreckten Gebäude von außen den früher fehlenden Eindruck einer Kirche. Sie sind mit Kathedralglas als Schutzverglasung bedeckt und zeigen in zwei beispielhaften Doppelfenstern aus Antikglas den leidenden und den triumphierenden Christus in geschmackvoller Ausführung (Preckel-Köln). Die oberen Seitenwände im Chorraum werden durch zwei Antikglasfenster aufgelöst. Vor der Rückwand erhebt sich das schlichte Kreuz des Altars. Ueberhaupt nimmt dieses Kreuz die Blicke des Besuchers der Kirche wegen seiner wuchtigen Gestalt und wegen seiner zentralen Stellung gefangen. Das hier wie am Altar, an der Kanzel und am Presbytergestühl verarbeitete Eichenholz war schon im vorvorigen Jahrhundert zu Kirchengestühl laut der darauf befestigten alten Schilder verarbeitet. Das Gestühl war Anfang der 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts aus Kirchen von Solingen und Lennep unserer Gemeinde geschenkweise überlassen. Bei näherer Untersuchung und nach Entfernung des alten Anstrichs stellten sich ungeleimte Füllungen von über 42 cm Breite heraus, die eine wundervolle Maserung aufweisen. Die Füllungen sind sämtlich in das Presbytergestühl eingearbeitet. Nach sachverständigem Urteil ist dies Holz heute 4—500 Jahre alt, so daß wohl anzunehmen ist, daß es aus der Reformationszeit stammt, wenn nicht noch älter ist. Die Struktur des Altars kehrt in wechselndem Maßstab in den Altarleuchtern wie in den Nummerntafeln wieder. Altardecke, Altarkerzen sind wie die Altarbibel Stiftungen. Das neue Gestühl ist aus massivem Eichenholz. Die Türen aus Eichensperrholz. Der Beizton gibt dem Ganzen etwas Anheimelndes.

Beachtlich ist die Ventilation. Sämtliche Fensterbänke sind nach außen geneigt und lassen das Schwitzwasser durch eine 1 cm breite Oeffnung abfließen, die sich zwischen Fensterbank und Fensterverglasung erstreckt, so daß das Gebäude ständig durch 10×79 qcm atmet.

Das Dach mußte auf dem Erweiterungsbau wie auf dem Dach in gleichen Ziegeln gehalten sein. Die Außenwände sind mit Edelputz und mit Kunststein versehen in freundlichen Farben, gegen die das Grün der Umgebung lebhaft absticht. Der Turm ist aus Sparsamkeitsgründen unverändert geblieben. Die Decke ist eine aufgehängte Rabitzdecke, die mit dem Chorraum zugleich eine akustisch wertvolle Wirkung ausübt.

Bei Abendbeleuchtung der Kirche fällt das Licht im Chorraum indirekt von zwei Scheinwerfern, so daß Kreuz und Altar in besonders günstiger Beleuchtung erscheinen. Mittelschiff und Empore haben halb indirektes Licht.

Auf der Empore befindet sich in eichenem Gehäuse mit entsprechendem Spieltisch die neue Orgel mit 15 Registern, entstanden in der Orgelbauanstalt von E. F. Walcker-Ludwigsburg. Die Auswahl der Disposition, Prüfung und Abnahme ist Sache des Vertreters des kirchlichen Orgel- und Glockenamtes, Kgl. Musikdirektor Hoffmann-Solingen. Die Disposition und die Mensuren stammen von Landeskirchenrat Mahrenholz in Hannover, einem der ersten Musikwissenschaftler Deutschlands.

Der Eingangsflur der Kirche ist so gehalten, daß er für die Zukunft als Kriegergedächtnishalle ausgebaut werden kann.

Die Gelegenheit des Umbaus der Kirche wurde benutzt, um eine moderne Bedürfnisanstalt zwischen Archiv und Gemeindehaus einzufügen, daß hier das Gelände zugleich zweckentsprechend ausgenützt würde. Auch Aenderungen am Dach des Gemeindehauses (Hängerinne anstelle der bisherigen aufliegenden Rinne), Erneuerungen und Reparatur der Abfallrohre und der Abwässerleitungen, Erneuerung von Zaun und Hecke, das waren Arbeiten, die sich gleichzeitig ergaben oder auch bis zu dem Umbau aufgeschoben waren.

Die Erd- und Maurerarbeiten wurden von Wender und Dürholt-Lennep, die Dachdecker-, Klempner-, Installations-, Anstreicher-, Schreiner- und elektrischen Arbeiten wurden von den einheimischen Handwerkern ausgeführt. Die Kosten für den Umbau der Kirche belaufen sich auf 25 000 RM, die aus provinzial- und gesamtkirchlichen Mitteln stammen. Auch die Kosten für die Abortanlage und die anderen Nebenarbeiten konnten aus bereitstehenden Mitteln gedeckt werden. Sie beliefen sich auf rund 3000 RM. Die Orgel kostet 6600 RM. Davon sind mehr als die Hälfte durch die Sammeltätigkeit des Frauenvereins gedeckt. Weitere Mittel flossen uns von freundlichen Gebern zu. Auch für die Orgel soll das Prinzip durchgehalten werden, daß hier keiner gegen seinen Willen oder durch Steuermittel gezwungen etwas dazu tun soll, sondern daß sie nur aus freiwilligen Gaben ebenso bezahlt werden soll wie die neuen Glocken. Bei der Einweihung wie auch bei späteren Veranstaltungen werden gern Gaben für dieses Schmuckstück der Kirche gegeben werden.

Der Kostenanschlag des Kreisbauamtes belief sich auf insgesamt 39 000 RM. Er ist mit mehr als 10 Prozent unterschritten worden bei erheblichen Steigerungen in Bezug auf den Innenausbau, der mit der gesamten Inneneinrichtung in Eichenholz ausgeführt wurde. Das Werk lobt seinen Meister.

Die Einweihung

wird am kommenden Sonntag, den 20. März, durch den Herrn Generalsuperintendent D. Stoltenhoff vollzogen. Im Anschluß an den Gottesdienst findet eine Festsitzung der größeren Vertretung mit den Vertretern der Behörden und der Ehrengäste statt. Um 4 Uhr ist eine musikalische Feier aus Anlaß der Einweihung, zu der Herr Musikdirektor Hoffmann-Solingen seine Mitwirkung zugesagt hat.

Billige Osterreisen mit der Reichsbahn

Ueber die Verlängerung der Gültigkeitsdauer der Sonntagskarten zum Osterfeste gelten folgende Bestimmungen:

1. Festtagsrückfahrkarten:

a) Geltungsdauer: Die Festtagsrückfahrkarten gelten zur Hinfahrt nur vom 23. März 1932 ab 0 Uhr an allen Tagen bis zum 28. März 1932 einschl., zur Rückfahrt nur vom 24. März 1932 ab 12 Uhr an allen Tagen bis zum 4. April 1932 einschl. Die Reise muß in der Nacht vom 4. zum 5. April 1932 spätestens um 24 Uhr beendet sein.

Unter den Festtagsverkehr fallen nicht die Sonntagsrückfahrkarten, die am 2. oder 3. April gelöst werden. Hierfür gelten die allgemeinen Bestimmungen, jedoch können diese Karten ausnahmsweise ebenfalls am 4. April bis 24 Uhr zur Rückfahrt benutzt werden.

b) Ausgabe: Festtagsrückfahrkarten werden im Reichsbahnverkehr zum Preise der Sonntagsrückfahrkarten in allen Verbindungen ausgegeben, für die die Ausgabe von Fahrkarten des gewöhnlichen Verkehrs möglich ist. In Verbindungen, wo keine fertiggedruckten Sonntagsrückfahrkarten aufliegen, müssen die Karten spätestens am zweiten Tage vor dem Antritt der Reise gelöst oder bestellt werden. Hierfür werden nach Anordnung der Eisenbahnverwaltung Blankosonntagsrückfahrkarten oder besondere fertiggedruckte Karten verwendet. Die Festtagsrückfahrkarten können bereits ab 21. März 1932 mit Gültigkeit vom 23. März 1932 gelöst werden.

c) Züge: Die Benutzung von FFD-, FD-, D- und Eilzügen sind für die Festtagsrückfahrkarten gegen Zahlung des tarifmäßigen Zuschlages ohne Einschränkung zugelassen.

2. Arbeiterrückfahrkarten:

a) Geltungsdauer: Die Arbeiterrückfahrkarten gelten ebenfalls bereits vom 23. März 1932 ab. Arbeiterrückfahrkarten, die in der Zeit vom 23. März 1932 bis 28. März 1932 einschl. gelöst werden, können zur Rückfahrt bis zum 4. April 1932 einschl. benutzt werden.

b) Entfernungsgrenze: Die Entfernungsgrenze von 250 Klm. wird für die in der Zeit vom 23. März 1932 bis 28. März 1932 gelösten Arbeiterrückfahrkarten aufgehoben.

Der Kurszettel der Hausfrau

Versteigerungsbericht der Kreis- Obst- und Gemüseverwertungsgenossenschaft, Opladen vom 17. März

Industrie 4; Spinat 13,7; Feldsalat 25—26; Wirsing grün 7,3—11; Wirsing gelb 4—7,2; Dauerrotkohl 3,2—5,2; Dauerweißkohl 2,5—5,2; Rosenkohl 20; Grünkohl 2,7—3,5; Rote Möhren 4,7—5,7; Rote Beete 5,4—6,4; Rübstiel 5,5—7,3; Zwiebel 14,8; Weiße Rüben 2; Radieschen 7,9—8,6; Petersilie 8; Schnittlauch 5,2; Sellerie 1. Sorte 6,5—16; 2. Sorte 3,5—6; Porree 1. Sorte 2,5—4,7; 2. Sorte 1,5'—2,4; Hühnereier —; Erdkohlrabie 2,2—2,5.

Tendenz: Anfuhr mittel, Nachfrage gut.

Nächste Versteigerung Dienstag, den 22. März, 13,30 Uhr.

Preußenwahl-Vorbereitung

Runderlaß des Innenministers

In einem Runderlaß des preußischen Innenministers wird einleitend auf den Beschluß des ständigen Ausschusses des Landtages Bezug genommen, durch den als Tag für die Neuwahl des preußischen Landtages der 24. April festgesetzt wird. Weiter heißt es dann:

Die Wahlzeit dauert von 8 bis 17 Uhr. Es ist nicht beabsichtigt, eine Verkürzung der Wahlzeit, wie sie für den ersten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl zugelassen war, auch bei der Landtagswahl vorzunehmen.

Die Wählerlisten sind in der Zeit vom 30.

März bis 3. April zur allgemeinen Einsicht öffentlich auszulegen. Bei der Kürze der bis zum Beginn der Auslegungsfrist zur Verfügung stehenden Zeit sind dieselben Wählerverzeichnisse zu benutzen, die der Reichspräsidentenwahl am 13. d. Mts. zugrunde lagen.

Mit Rücksicht darauf, daß die Frist für die Auslegung der Wählerverzeichnisse in die Hauptumzugszeit fällt, sind Wahlberechtigte, die bis zum Schluß der Auslegungszeit ihren Wohnort wechseln, im Wählerverzeichnis der Abzugsgemeinde zu streichen und in dem der Zuzugsgemeinde aufzunehmen. Wahlberechtigte, die erst nach Ablauf der Auslegungsfrist ihren Wohnort verlegen, können nur auf Grund eines Wahlscheines wählen.

Dem Stimmzettel wird das Muster zugrunde gelegt, das bereits bei der Landtagswahl 1928 Verwendung gefunden hat.

Die Lage des Neuhausbesitzes

Die auf Mittwoch-Abend nach Hilgen in das Lokal Hirschfelder einberufene Versammlung der Neuhausbesitzer erfreute sich eines lebhaften Besuches.

Herr Renzmann-Heide leitete und eröffnete die Versammlung und erteilte zunächst das Wort Herrn Dr. Weingarten aus Wermelskirchen, Mitglied des Provinziallandtages.

In markanten Zügen zeichnete der Redner die heutige außerordentlich schwierige Lage des Neuhausbesitzes. Ausgehend von der Art der Finanzierung bei Errichtung der Bauten durch Hypotheken der Sparkassen bezw. Landesbank, Hauszinssteuerhypotheken und Eigenkapital stellte er fest, daß die Bauten zum größten Teile zu einer Zeit errichtet wurden, wo das Bauen viel Geld kostete. Im Jahre 1924 betrug der Bau-Index 170 Prozent und ist im Laufe der folgenden Jahre bis heute auf den Stand von 112 Prozent herabgesunken. Das hierdurch verursachte ständige weitere Abgleiten des Wertes der Häuser ist die Veranlassung, daß die Neubaubesitzer fast in allen Fällen das eingebrachte Eigenkapital, meistens der Lohn für jahrelangen Fleiß und Sparsamkeit, restlos verloren haben. Um welche Summen es sich hierbei handelt, zeigt die Statistik; in den Jahren 1924—1931 sind für 17 Milliarden Neubauten errichtet worden, zu welchen 3—4 Milliarden Eigenkapital aufgebracht worden ist, welches heute für die Besitzer durch die Entwertung einfach nicht mehr vorhanden ist.

Seit der Krisis im Juli 1931 hat sich die Lage noch erheblich verschlimmert; Absinken der Mieten auf der einen Seite, Kapitalkündigungen und Heraufschnellen der Zinsen fast bis ins Ungemessene auf der anderen Seite. Bekanntlich sind seitens der Landesbank und einzelnen Sparkassen für kurze Zeit sogar 23 Prozent Zinsen gerechnet worden, ein Satz der an die Zeit direkt nach der Stabilisierung im ersten Halbjahr 1924 erinnert. Auch heute werden für Zwischenkredite trotz der Notverordnung noch stellenweise durch die Landesbank $9^1/_2$ bis 11 Prozent Zinsen berechnet, Sätze, die natürlich ein Privatmann nicht rechnen dürfte, ohne sich der Gefahr der Bestrafung auszusetzen. Dabei sind die Anstalten formal durchaus im Recht, es handelt sich um kurzfristige Kredite, die keinesfalls unter die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 fallen.

Die Frage, was nun zu tun sei, um die Lage der Neuhausbesitzer tragbar zu machen, beantwortet Redner sehr eingehend. Zunächst geht der Vorschlag dahin, daß dem Eigentümer gestattet werden möge, eine Eigentümergrundschuld in Höhe seiner für den Bau eingebrachten Eigenmittel einzutragen und zu erreichen, daß dieselbe den Rang vor der Hauszinssteuerhypothek bekäme. Durch diese Maßnahme würde natürlich ein evtl. Ausfall die Hauszinssteuerhypothek treffen. Redner weist dann ferner auf die Möglichkeit einer steuerlichen Erleichterung hin. Bekanntlich sind alle Neubauten, die nach dem 1. April 1932 errichtet werden, vollständig steuerfrei, dagegen wird für die vor diesem Termine errichteten Häuser der Gemeindezuschlag zur Grund- und Gebäudesteuer erhoben. Ein Antrag an die Stadtverordneten-Versammlung oder noch besser, die Erreichung eines Beschlusses der Preußenregierung auf Fortfall der Steuer auch für die vor dem 1. April 1932 errichteten Bauten würde auch da etwas Erleichterung schaffen.

Der Hauszinssteuer widmet der Redner längere Ausführungen. Von den 7—8 Milliarden Hauszinssteuer sind bekanntlich nur ein Teil für den eigentlichen Zweck verwandt worden, der weitaus größte Teil ist in andere Kanäle gegangen. Redner fordert den glatten Wegfall der Zinsen und Amortisation für die Hauszinssteuerhypotheken. Ein weiterer Vorschlag geht dahin, mit der Landesbank wegen Herabsetzung der Zinssätze zu verhandeln.

Redner kommt dann auf die im Hochsommer 1931 erfolgten Hypothekenkündigungen seitens der Landesbank und der Sparkassen zurück, und stellt fest, daß in vielen Fällen eine ungesetzliche Kündigung erfolgt ist, indem eine kurzfristige Kündigung ausgesprochen wurde, während in den Hypothekenbriefen eine dreimonatliche Kündigung zum Quartalsschlusse vorgesehen war. Die hierdurch entstandenen Differenzen in der Zinsberechnung sollen sämtlich einzeln nachgeprüft werden. Die von den Sparkassen neuerdings eingeführte Zahlung einer Amortisation neben den Zinsen wäre keine Verpflichtung und durch die augenblickliche Lage für jeden Hausbesitzer auch untragbar. Die Lage erfordere unbedingt gemeinsames Vorgehen und empfiehlt Redner zu diesem Zwecke einen losen Zweckverband. Auch in diesem Falle könnte nur die Selbsthilfe zum Ziele führen.

Zusammenfassend führt dann Redner nochmals die Forderungen und Ziele auf und zwar: 1. Fortfall der Hauszinssteuerzinsen und Amortisation. 2. Beseitigung der Gemeindesteuerzuschläge zur Grund- und Gebäudesteuer auch für Bauten, die vor dem 1. April 1932 errichtet worden sind. 3. Weitersenkung der Zinsen für 1. Hypotheken und vor allem Ermäßigung der untragbaren Zinsen für Zwischenkredite. 4. Fortfall der Amortisation bei allen Sparkassenhypotheken.

Auf die mit lebhaftem Beifalle aufgenommenen Ausführungen des Redners setzte sofort eine lebhafte Diskussion ein.

Herr Diplomkommunalbeamter Faßbender, der als Vertreter der Stadt Burscheid erschienen war, widerlegte einige Ausführungen des Referenten und ergänzte dieselben auch zum Teil. Er wies vor allen Dingen darauf hin, daß gerade Anträge auf Zinssenkung in Burscheid sehr loyal behandelt worden seien, überhaupt alles geschehen sei, was zur Erleichterung für den Einzelnen hätte dienen können. Er schlägt ferner vor, den Antrag auf Fortfall des Gemeindezuschlages für Grund- und Gebäudesteuer auch für Neubauten, die vor dem 1. April 1932 errichtet sind, nicht generell zu stellen, sondern die Sache von Fall zu Fall auf Antrag zu regeln, damit auch der wirklich Bedürftige von der Steuer befreit würde, ein Vorschlag, dem allerdings aus der Versammlung lebhaft widersprochen wurde. Er befürwortete ferner, auf Sparkassen und Kommunen einzuwirken, daß alle noch bestehenden kurzfristigen Kredite in langfristige umgewandelt würden. Zum Schluß gab er den Rat, nicht einzeln gegen die hohen Zinssätze der Landesbank vorzugehen, sondern durch gemeinsames Zusammengehen aller Hausbesitzer mit den Sparkassen und Kommunen, was Aussicht auf einen besseren Erfolg habe.

Im weiteren Verlauf der sehr lebhaften Diskussion wurde der Vorschlag gemacht, bei den Sparkassen den Antrag zu stellen, vorläufig alle Anträge auf Zwangsversteigerung zu unterlassen, da dieselbe z. Zt. ja vollständig zwecklos seien und nur Beunruhigung in die Bevölkerung hineintrügen.

Der Vorsitzende teilte noch mit, daß Herr Bürgermeister Baupel-Witzhelden sich für den heutigen Abend entschuldigt, aber in Aussicht gestellt habe, an der nächsten Zusammenkunft teilzunehmen. Mit Rücksicht auf das lebhafte Interesse, welches er der Sache entgegenbringe. Es wurde dann beschlossen, am 30. März in Burscheid eine weitere Versammlung abzuhalten und soll durch persönliche Werbung versucht werden, zu dieser Versammlung dann alle Interessenten zusammenzubringen.

Die Hückeswagener Bluttat

Von amtlicher Stelle wird uns mitgeteilt:

Gegen alle sieben in der Hückeswagener Mordangelegenheit verhafteten Nationalsozialisten, ist, nachdem die erste Untersuchung zu einem vorläufigen Abschluß gekommen ist, der Haftbefehl aufrecht erhalten worden. Gegen den Dachdeckermeister Marx in Hückeswagen wird das Verfahren wegen Totschlag eröffnet werden, der Nationalsozialist Willmund-Lennep, der bei dem ersten Zusammenstoß den Arbeiter Blumberg erschossen hat, wird sich vor Gericht wegen Körperverletzung mit tödlichem Ausgang zu verantworten haben. Willmund ist bekanntlich erst am Montagabend in Haft genommen worden und hat bei seiner Vernehmung zugegeben, den verhängnisvollen Schuß auf Blumberg abgegeben zu haben. Außerdem wird gegen alle sieben in Haft befindliche Nationalsozialisten, darunter auch der Lenneper Zahnarzt Dr. Heuckenkamp als Rädelsführer, Anklage wegen schweren Landfriedensbruchs erhoben werden. Sämtliche Festgenommenen bleiben in Untersuchungshaft.

Versuchter Sturm auf das Amtsgericht

Remscheid-Lennep, 18. März. Als Mittwoch nachmittag die wegen der Hückeswagener Vorfälle festgenommenen fünf Nationalsozialisten zum Verhör in das Lenneper Amtsgericht geführt wurden, versuchten etwa 250 Kommunisten das Gebäude zu stürmen, um die Nationalsozialisten in ihre Gewalt zu bringen. Zwei Ueberfallkommandos der Schutzpolizei gelang es aber, die Absicht zu vereiteln und Ruhe und Ordnung wiederherzustellen. Bei der Räumung des Platzes vor dem Gerichtsgebäude mußte die Polizei vom Gummiknüppel Gebrauch machen.

Aus der Heimat

Moderne Lichtbühne Burscheid

Am Samstag und Sonntag bringt die hiesige Moderne Lichtbühne den Tonfilm „Frauenraub auf Madagaskar", eine moderne Robinsonade, heraus. Dazu ein Tonfilm mit Musik, Geräusch und Gesang, der sich „Schnellfeuer der Liebe" betitelt. Und dann das gute Beiprogramm mit Ufa-Tonwoche, Kulturfilm und Lustspiel.

An den Ostertagen kommt die Moderne Lichtbühne mit einem großartigen Programm heraus und zwar Willy Fritsch und Käthe von Nagy in „Ihre Hoheit befiehlt".

Siehe auch Anzeige in vorliegender Ausgabe.

Das Lichtspielhaus Hilgen

bringt am Wochenende die temperamentvolle Tonfilm-Operette „Einer Frau muß man alles verzeih'n". Ein Lustspielfilm, der frohen Beifall verdient. Eine Idee von William Karfiol wird unter der flotten und sauberen Regie von Eugen Thiele in vorbildlicher Weise von Fritz Schulz und Maria Paudler in den Hauptrollen dargestellt, und zwar mit soviel Natürlichkeit und Leichtigkeit im Spiel, mit solcher Liebe zur Sache, daß das Publikum bis zum letzten Bilde freudig und gern der Handlung folgt. Nichts Verkrampftes, nichts Uebertriebenes; keine der aufgezogenen Saiten ist überspannt. Vielleicht ist der Erfolg nicht zum kleinsten Teile darin zu suchen, daß dem schlecht bezahlten, von stetem Gehaltsabbau oder gar von Kündigung bedrohten kleinen Angestellten im Parkett dort auf der Leinwand sein Wunschtraum in Erscheinung tritt: Einer, der's mal schafft. Wer zwei frohe Stunden verleben will, sehe sich dies an.

Aus dem guten Beiprogramm sei das große Militär-Lustspiel „Es zogen drei Burschen" mit Hans Brausewetter, Hans Albers und Fritz Kampers erwähnt.

Siehe auch vorliegender Anzeigenteil.

Theaterabend in Hilgen

Am kommenden Sonntag, den 20. März, findet im Saale des Herrn Heinrich Prante in Hilgen auf vielseitigen Wunsch die Wiederholung des Theaterstücks „Das Glück in der Mühle", aufgeführt von Mitgliedern des Löschzugs Hilgen der freiwilligen Feuerwehr, statt. Anschließend Ball.

Siehe Anzeige in vorliegender Ausgabe.

Reichswerbetag 1932 für Jugendherbergen

Der Reichsverband für Deutsche Jugendherbergen veranstaltet am 16. und 17. April ds. Js. seinen Reichswerbetag.

In diesem Zusammenhang wird auf das soeben in 20. Auflage erschienene neue Verzeichnis der Jugendherbergen für das Jahr 1932 (465 Seiten, Preis: 90 Pfg.) aufmerksam gemacht. In diesem Reichs-Herbergsverzeichnis wird jede der rund 2100 Jugendhergen innerhalb der deutschen Reichsgrenzen genau beschrieben. Besondere Netzkarten für jeden Jugendherbergsgau weisen die Orte, in denen sich Jugendherbergen befinden, nach. Der Textteil bietet auch diesmal wieder viel Wissenswertes für Jugendwanderfahrten, insbesondere die Hausordnung und Aufnahmebestimmungen der Jugendherbergen, Bestimmungen über Fahrpreisermäßigung, Verzeichnis der Schulferien und andere allgemein wertvolle Beiträge über das Wandern nebst einem ausführlichen Verzeichnis über das einschlägige Schrifttum. Die neue Ausgabe des Reichsverzeichnisses der Jugendherbergen wird als unentbehrlicher Begleiter des Jugendwanderers bestens empfohlen.

Kreistagssitzung

Am Montag, den 4. April, nachmittags 3 Uhr, findet im Sitzungssaale des Kreishauses zu Opladen eine Kreistagssitzung statt, die folgende Tagesordnung hat:

1. Einführung eines neuen Kreisdeputierten.
2. Einführung neuer Kreistagsabgeordneten.
3. Neuwahl der Vertrauensmänner zur Auswahl der Schöffen und Geschworenen für das Jahr 1933.
4. Erlaß einer neuen Satzung für die Gärtnerschule des Kreises.
5. Feststellung und Entlastung der Rechnung der Kreiskommunalkasse für 1930.
6. Beratung und Feststellung des Kreishaushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1932.
7. Festsetzung der Kreisumlage für das Rechnungsjahr 1932.

Der Friede zwischen Rundfunk und Schallplattenindustrie

Bestimmend für die Beilegung des Konflittes zwischen Reichsrundfunkgesellschaft und Schallplattenindustrie, die Ende der vergangenen Woche erfolgte, war, wie wir von gutunterrichteter Seite hören, in der Hauptsache das Moment, daß diejenigen Schallplattenherstellerfirmen, die während der Konfliktszeit keine Schallplatten dem Rundfunk zur Verfügung stellten, große Einbußen im Absatz erlitten. Nun ist es also zu der ersehnten Einigung gekommen, und zwar auf der Basis, daß im Laufe des Monats durchschnittlich 60 Schallplattensendungen in den Programms vorgesehen sind. Dabei ist zu erwähnen, daß seitens der Schallplattenindustrie von irgendwelchen geldlichen Forderungen für die Sendung ihrer Platten abgesehen wurde. Wie wir weiter hören, wird sich die neue Vereinbarung aber erst ab 1. April auswirken und das lediglich aus dem Grunde, weil die Sendeprogramme für die Zwischenzeit schon im Druck vorliegen.

Statistik des freiwilligen Arbeitsdienstes

Trotz der Ungunst der Jahreszeit ist die Zahl der Arbeitsdienstwilligen im Dezember 1931 noch weiter gestiegen, und zwar nach Berichten sämtlicher Landesarbeitsämter an die Reichsanstalt von insgesamt 5038 Ende November auf 6810 — davon 3900 Jugendliche unter 21 Jahren — an der Jahreswende. Bemerkenswert ist ferner, daß die Zahl der Arbeitsdienstwilligen, die bei Maßnahmen zur Hebung der Volksgesundheit beschäftigt sind, mit 2096 (im November 1457) an der Spitze steht; es folgen die Bodenverbesserungsarbeiten mit 1585 Arbeitsdienstwilligen; die Maßnahmen zur Verkehrsverbesserung mit 770 Arbeitsdienstwilligen; schließlich die Arbeiten zur Herrichtung von Siedlungs- und Kleingartenland mit 729 Arbeitsdienstwilligen.

Ein Schritt vorwärts

Die erlassene Notverordnung über die Gewährung von Zugaben zu Waren oder Leistungen bringt das Verbot der Zugabe für den gesamten geschäftlichen Verkehr. Mit dieser Vorschrift wird einer Forderung wesentlicher Teile unserer Wirtschaft grundsätzlich entsprochen, die unter Hinweis auf die bedenklichen Auswirkungen des in Betracht stehenden Verkaufssystems seit Jahren die gesetzliche Unterbindung der Geschäftspraktiken verlangt haben.

Die Notverordnung sieht eine Regelung der Fragen vor, die mit dem Zugabeproblem in Zusammenhang stehen. Sie beseitigt damit, allerdings nur bis zu einem gewissen Grade, die Rechtsunsicherheit, die bisher auf dem einschlägigen Gebiete bestand. Die Richtlinien für die Einstellung der künftigen Rechtsprechung sind indessen schon in dem für die Zugabe vernichtenden Urteil des Reichsgerichts vom 15. Januar 1932 gegeben, das auf die kommende Gesetzgebung ausdrücklich verwiesen hat.

Leider läßt das Gesetz derart viele Ausnahmen zu, daß eine umfassende Beseitigung der Mißstände praktisch kaum erreicht werden kann. Vor allem vereitelt die Vorschrift des § 1, Abs. 2e nach dem Urteil maßgeblicher Wirtschaftsvertretungen den Erfolg der gesamten Maßnahme. Nach dieser Bestimmung ist die Zugabe wieder erlaubt, wenn wahlweise ein Barbetrag gewährt wird. Die Regierung des größten deutschen Landes, Preußen, hat bei der Beratung der Vorlage im Reichsrat erklärt, daß die Bestimmung das im Eingang des Gesetzes angekündigte Zugabeverbot „praktisch wieder aufhebe". Die Praxis wird zeigen, daß eine baldige Beseitigung der Ausnahme unerläßlich ist.

Wertreklame-Zugaben

Von interessierten Kreisen werden wir um Aufnahme nachstehender Zeilen gebeten:

1. Die Verordnung des Reichspräsidenten vom 9. März 1932, regelt die Gewährung von Wertreklame, verbietet sie jedoch nicht.

2. Nach der Verordnung kann Wertreklame in vollem Umfange wie bisher angeboten und gewährt werden, wenn der die Zugabe Gewährende auf Wunsch des Käufers statt des Wertreklame-Gegenstandes einen vorher bekanntzugebenden, mindestens den Einstandspreis des Wertreklame-Gegenstandes entsprechenden Geldbetrag auszahlt.

3. Die reelle Wertreklame wird also durch die neue Verordnung, wie dies auch der Wille der Reichsregierung ist, nicht eingeschränkt oder gar verboten, sondern es besteht lediglich ab 10. Juni 1932, dem Zeitpunkt des Inkrafttretens der Verordnung, die unter 2. gekennzeichnete Pflicht zur Barablösung, wenn der Käufer dies verlangt.

Aus dem Rhein-Wupper-Kreis

Haushaltsberatungen

Berg. Neukirchen, 18. März. Der Haushaltsplan für 1932 wurde in Einnahmen und Ausgaben gleichlautend auf 204 692 Mark festgesetzt. Für das Rechnungsjahr 1932 werden von der Verwaltung vorgeschlagen 290 Prozent Zuschläge zur staatlichen Grundvermögenssteuer, 600 Prozent der Gewerbeertragssteuergrundbeträge, 2200 Prozent der Gewerbekapitalsteuergrundbeträge. Die bisherige Grundvermögenssteuer von 200 Prozent liegt mit 90 Prozent unter dem Landesdurchschnitt. Die Aufsichtsbehörde hat deshalb hier eine Erhöhung auf den Landesdurchschnitt von 290 Prozent verlangt. Die Biersteuer soll mit dem doppelten Satz abzüglich der vom Reich inzwischen beschlossenen Ermäßigung um 40 Prozent erhoben werden. An Getränkesteuer schlägt die Verwaltung wie bisher 10 Prozent des Kleinverkaufspreises vor. Für 1931 hat Berg. Neukirchen abweichend von den Nachbargemeinden nur 300 statt 350 Prozent Bürgersteuer erhoben. Dabei soll es auch für 1932 verbleiben. — Die Tagesordnung der am 29. März stattfindenden Stadtverordnetensitzung umfaßt folgende 17 Punkte: 1. Festsetzung und Abnahme der Jahresrechnung der Stadt- und Sparkasse für 1930 bzw. 1931. 2. Verwendung des Sparkassenüberschusses aus 1931. 3. Festsetzung des Haushaltsplans für das Rechnungsjahr 1932. 4. Festsetzung der Umlage für das Rechnungsjahr 1932. 5. Neuerlaß der Biersteuerordnung. 6. Neuerlaß der Getränkesteuerordnung. 7. Bürgersteuererhebung. 8. Aufhebung der Ziegenabgabe. 9. Erhöhung der Hundesteuer. 10. Abwässerbeseitigung in Bergisch Neukirchen. 11. Straßenbeleuchtung in Bergisch Neukirchen, Hüscheid und Imbach. 12. Aufhebung der Gegenbuchführerstelle bei der Stadt- und Sparkasse als Beamtenstelle ab 1. April 1932. 13. Neubenennung verschiedener Straßen und Wege. 14. Verkauf einer Wiese im Muhrbachtal. 15. Geländetausch mit der evangelischen Kirchengemeinde. 16. Genehmigung einer öffentlichen Fernsprechstelle in Romberg. 17. Bericht über die Bergische Obstverwertungs-GmbH.

Mit dem Motorrad verunglückt

Opladen, 18. März. Donnerstag mittag gegen 14,30 Uhr ereignete sich an der Ecke Kaiser- und Kanalstraße ein schweres Motorradunglück. Der städtische Rohrmeister Kollbach aus Lützenkirchen fuhr mit seinem Motorrad auf der Kaiserstraße zum Gas- und Wasserwerk. Aus der Kanalstraße kam ein Personenwagen. An der Ecke Kaiser- und Kanalstraße stießen beide Fahrzeuge zusammen, wobei K. schwere Verletzungen davontrug und ins Krankenhaus befördert werden mußte. Der Arzt stellte einen schweren Schädelbruch fest. Der Verletzte ist im Laufe des Abends den Verletzungen erlegen. Die Insassen des Personenwagens kamen ohne Schaden davon. Ein auf dem Soziussitz des Motorrades mitfahrender junger Mann erlitt einige Hautabschürfungen. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt.

Wilder Streik in Küppersteg

Leverkusen, 18. März. In der Eisengießerei Kornelius Schmitz in Küppersteg ist seit Dienstag ein wilder Streik wegen der Akkordlöhne bei den Arbeitern ausgebrochen. Von der etwa 70 Mann starken Belegschaft streiken etwa 40 Mann, die sich Mittwoch auch zahlreiche Verstärkung aus Rheindorf und Mülheim heranholte, die sich um die Fabrik ansammelte und wahrscheinlich gegen die Arbeitswilligen vorgehen soll. Gestern morgen wurde einer der Arbeitswilligen in nächster Nähe seiner Wohnung von Streikposten abgefaßt und tätlich angegriffen. Er konnte sich jedoch durch die Flucht noch rechtzeitig vor Schaden schützen. Die Polizei verhütete durch verstärkte Patrouillen am Streikort weitere Ausschreitungen.

Vom Kraftwagen erfaßt

Leverkusen, 18. März. In der Stichesstraße wurde ein Mädchen von einem Lieferwagen angefahren, wobei es eine leichte Gehirnerschütterung davontrug. Der Lieferwagen wollte an der fraglichen Stelle ein auf der Straße haltendes Kraftfahrzeug überholen. Während des Ueberholens kam hinter dem haltenden Auto das Mädchen angelaufen und wurde von dem Lieferwagen gefaßt und zu Boden gestoßen.

Autogaragenbrand in Reusrath

Langenfeld, 18. März. Donnerstag früh gegen 6 Uhr entstand in der Autogarage des Bäckermeisters B. in Reusrath, Trompeterstraße, ein Brand, dem fast die ganze Garage zum Opfer fiel. Das Auto war zur Ausfahrt fertig gemacht worden und entstand kurz darauf, nachdem Betriebsstoff eingefüllt worden war, der Brand. Das Fahrzeug wurde gänzlich vernichtet.

Bestrafte Viehdiebe

Leichlingen, 18. März. Gestern fand in Düsseldorf die Verhandlung gegen die seinerzeit gefaßten Viehdiebe statt. Es handelt sich um den früher in Witzhelden wohnhaft gewesenen Viehkommissionär Kuno W. und einen Kraftwagenführer aus Düsseldorf. Sie wurden beschuldigt, die seinerzeit in der Presse vielgenannten Viehdiebstähle im Bergischen begangen zu haben. Vier derartige Fälle, und zwar den bei Cl. in Witzhelden, in Bremersheide bei Leichlingen und zwei in der Nähe von Düsseldorf, konnten ihnen nachgewiesen werden. Der Hauptschuldige W. erhielt 1 Jahr Gefängnis. Dem Kraftwagenführer konnte ein Diebstahl nicht bewiesen werden und er erhielt wegen Hehlerei 5 Monate Gefängnis.

Ein teurer Hase

Leichlingen, 18. März. Bei einem Einwohner aus Oberleichlingen hatte ein Landjäger einen Hasen gefunden. Da er schon länger der Wilddieberei verdächtig war, wurde Anzeige gegen ihn erstattet. Vor dem Gerresheimer Amtsgericht erklärte der Angeklagte, den vermeintlichen Hasen, der in Wirklichkeit auch nur ein Kaninchen gewesen sei, von einem Unbekannten bekommen zu haben. Diese Ausrede ließ das Gericht natürlich nicht gelten und verurteilte den Angeklagten zu 20 Mark Geldstrafe.

Autozusammenstoß auf der Wupperbrücke

Burg a. d. W., 18. März. Ein aus der Richtung Remscheid kommender Personenkraftwagen stieß auf der Wupperbrücke mit einem aus entgegengesetzter Richtung kommenden Lieferwagen zusammen. Obwohl sich der Lieferwagen bereits auf der Brücke befand, versuchte der Führer des Personenwagens noch mit seinem Wagen vorbeizukommen, was ihm aber bei der geringen Breite der Brücke nicht gelang. Beide Fahrzeuge wurden erheblich beschädigt. Der Lieferwagen mußte abgeschleppt werden.

Ertappter Dieb

Burg a. d. W., 18. März. Aus dem seit längerem stilliegenden Hammerwerk Neuenhammer im Eschbachtal wurden seit einiger Zeit fortgesetzt Bretter und Balken abgerissen und entwendet. Gestern vormittag gelang es der hiesigen Landjägerei, eine Person auf frischer Tat zu ertappen, die gerade im Begriff war, abgebrochene Bretter und mehrere Eichenpfosten wegzuschaffen. Als Täter kommt ein 50 Jahr alter erwerbsloser Mann aus Remscheid in Frage.

Aus Westdeutschland

Zwischen Motorwagen und Anhänger geraten

Wuppertal, 18. März. Der 30jährige Straßenbahnschaffner Görtz war gestern Morgen am Cronenberger Rathaus damit beschäftigt, einen Anhänger vom Motorwagen abzukuppeln. Im gleichen Augenblick fuhr aus bisher unbekannter Ursache ein Straßenbahnwagen auf den Anhänger auf. Görtz wurde zwischen Motorwagen und Anhänger festgeklemmt. Neben anderen Verletzungen wurde ihm das rechte Bein abgequetscht. Man schaffte ihn sofort in ein Krankenhaus, wo er in bedenklichem Zustand darniederligt.

Raffinierter Heiratsschwindler verhaftet

Düsseldorf, 18. März. Die Kriminalpolizei verhaftete in Düsseldorf einen Heiratsschwindler besonderen Formats. Der in Odenkirchen geborene Konditor Wilhelm Heinrichs war, nachdem er ein Jahr vorher in Rheydt eine Ehe geschlossen hatte, 1924 ausgewandert und hat sich darauf ohne Genehmigung der zuständigen Behörden in Amerika eine Zeit lang aufhalten können. In Amerika hat er sich zum zweiten Male verheiratet, wurde aber, nachdem die amerikanischen Behörden von seinem unerlaubten Aufenthalt erfahren hatten, ausgewiesen. Während der Ueberfahrt auf dem Schiff lernte er eine Deutsche kennen, in die er sich verliebte. Er versprach ihr auch die Ehe. Nachdem der Liebhaber wußte, daß seine Braut in Amerika ein Bankkonto besaß, überredete er sie zunächst zur Hergabe von 250 Dollar. Bald darauf ließ er sich ohne Wissen seiner Geliebten von deren Bankkonto und auf deren Namen weitere Beträge telegraphisch überweisen. Im ganzen brachte er auf diese Weise etwa 1000 Dollor in seine Hände.

Riesiger Waldbrand bei Cleve

Cleve, 18. März. Während des ganzen Mittwochs über wütete im Reichswald bei Cleve in einer Kiefernschonung ein riesiger Brand, dem wenigstens 50 Morgen Schonung zum Opfer gefallen sind. Erst spät abends war es gelungen, das Feuer einzudämmen. Die Ursache des Brandes vermutet man in der Unvorsichtigkeit eines Spaziergängers, der eine brennende Zigarre weggeworfen hatte.

Moloch Verkehr.

Köln, 18. März. Die Polizei meldet sechs Verkehrsunfälle, bei denen vier Personen schwer und zwei leicht verletzt wurden. Auf dem Sülzgürtel wurde eine Frau von einem Personenkraftwagen angefahren und schwer verletzt. In der Subbelrather Straße überfuhr ein Müllwagen einen kleinen Jungen, der erhebliche Verletzungen davontrug. Auf der Düsseldorfer Straße in Köln-Mülheim fuhr ein Personenkraftwagen auf ein Pferdefuhrwerk von hinten auf. Der Lenker des Fuhrwerkes wurde erheblich verletzt.

Wieder 350 Mann arbeitslos.

Liblar, 18. März. Auf der Braunkohlengrube „Donatus" in Liblar sind 350 Arbeiter der Belegschaft entlassen worden. Die Grube wird stillgelegt, allerdings nur vorübergehend, da in der Fabrik die veralteten maschinellen Einrichtungen durch die neuesten Errungenschaften auf diesem Gebiete ersetzt werden sollen. Zur Durchführung dieser Arbeiten bleiben rund 50 Arbeiter von der bisher 400 Mann starken Gesamtbelegschaft weiter beschäftigt. Die Aenderung dieser Fabrikanlagen wird mehrere Monate in Anspruch nehmen.

Das Aachener Stadttheater wird weitergeführt.

Aachen, 18. März. Wie die Stadtverwaltung mitteilt, haben die zuständigen städtischen Ausschüsse sich dafür ausgesprochen, daß das Stadttheater auch für das Jahr 1932 bei einer Spielzeit von 8 Monaten fortgeführt wird. Maßgeblich für diese Stellungnahme war die Tatsache, daß eine Schließung des Theaters eine wesentliche finanzielle Entlastung der Stadtkasse für 1932 nicht zur Folge haben würde, ferner die Rücksicht auf das Aachener Wirtschaftsleben, das ein erhebliches Interesse an der Fortführung des Theaters hat.

Eine neue Fluglinie Brüssel—Düsseldorf—Berlin.

Düsseldorf, 18. März. Für den Sommerverkehr ist eine Linie Brüssel—Rhein-Ruhrgebiet—Berlin zustande gekommen. Von Brüssel kommend landet die neue von der Sabena eingerichtete Strecke auf deutschem Boden in Düsseldorf, wo die Zollformalitäten erfüllt werden. Ueber Essen und Dortmund soll die Strecke Berlin in 3½ Stunden erreichen. Beflogen wird die Linie mit großen dreimotorigen Fokker-Flugzeugen.

Das Urteil im Küchel-Rothmann-Prozeß und seine Begründung.

Köln, 18. März.

Der Vorsitzende der 2. außerordentlichen Großen Strafkammer in Köln verkündete das Urteil gegen die Angeklagten Kurt und Friedrich Meyer im Küchel-Rothmann-Prozeß; nachdem die Verhandlungen nunmehr genau 1½ Monate gedauert haben.

Das Gericht erkannte wegen fortgesetzten Betruges gegen den Angeklagten Kurt Meyer auf ein Jahr drei Monate Gefängnis, gegen die Angeklagten Friedrich Meyer auf sechs Monate mit der Maßgabe, daß dem Angeklagten Friedrich Meyer sofortiger Strafaufschub bewilligt wurde, während dem Angeklagten Kurt Meyer eine Bewährungsfrist für die zweite Hälfte der Strafe in Aussicht gestellt wurde.

Der Vorsitzende faßte in der Begründung des Urteils nochmals die Ergebnisse der umfangreichen Verhandlungen zusammen. Danach erachtet das Gericht u. a. das Folgende als festgestellt: Das Unternehmen der Angeklagten sei

wirtschaftlich falsch aufgebaut

gewesen, da es in erster Linie auf die Erzielung eines großen Umsatzes abgestellt gewesen sei, während man sich um Gewinne nicht gekümmert habe, aus denen man die umfangreichen Kredite hätte abdecken können. Daher sei der endliche Zusammenbruch unausbleiblich gewesen. Das Gericht sei auf Grund zahlreicher Beweise von der Betrugsabsicht der Angeklagten überzeugt, vor allem auf Grund der

zahlreichen falschen Kreditbilanzen.

Die Geldgeber wurden ausnahmslos in maßgebenden Punkten getäuscht, so zum Beispiel die Aktionäre der Textil-Vereinigung, mit der man im Jahre 1928 auftrat, indem man ihnen vorspiegelte, die Lage des Konzerns und der einzelnen Konzernkunden sei vorzüglich. Die Angeklagten aber wußten schon 1927, daß die größeren Firmen des Konzerns mit erheblichen Verlusten abgeschlossen hätten. Aehnlich lägen die Dinge bezüglich der Girierung der Kundenakzepte. Bezüglich des Grundstückes in der Domstraße seien die für den Neubau gezeichneten Beträge von Kurt Meyer

vertragswidrig in geschäftlichen Spekulationen angelegt

worden, weshalb von dem „Neubau", der 1926 begonnen werden sollte, im Jahre 1929 lediglich die halbfertigen Fundamente gestanden hätten.

Für das Strafmaß sei richtunggebend gewesen einmal der erschwerende Umstand, daß nicht nur die Beteiligten, sondern auch die deutsche Wirtschaft insgesamt durch die Transaktionen der Angeklagten erheblich geschädigt worden sei, zum anderen, mildernd, daß die Angeklagten leichtgläubige Geldgeber gefunden hätten.

Letzte Funkmeldungen

In einer Vorstandssitzung der Deutschen Volkspartei in Berlin wurde beschlossen, auch im zweiten Wahlgang alle Kräfte für Hindenburg einzusetzen.

Der Strafrechtsausschuß des Reichstages setzte gestern seine Beratungen über das neue Strafrecht fort.

Der Wohnungsausschuß brach die Beratung des sozialdemokratischen Initiativgesetzentwurfes über Arbeitsbeschaffung und Förderung des Kleinwohnungsbaues ab und erklärte den Entwurf für erledigt.

Rundfunkkommissar Staatssekretär a. D. Dr. Bredow hielt gestern abend einen Rundfunkvortrag, in dem er sich mit dem Unterschied zwischen deutschen und ausländischen Rundfunkorganisationen befaßte.

Gestern nachmittag wurde im Schloßhafen in Friedrichshafen die Leiche eines vierjährigen Knaben geborgen. Das Kind ist tagsvorher von seiner Mutter, der vierzigjährigen Bahnarbeiterehefrau Rosa Kiener, bei der Polizei als vermißt gemeldet worden. Verschiedene Umstände des Leichenfundes und auch die Angaben der Mutter erweckten den Verdacht einer gewaltsamen Beseitigung des Kindes. Deshalb wurde die Frau in Haft genommen.

Von den in Salzburg aus dem dortigen Domschatz geraubten Kunstgegenständen wurden verschiedene wertvolle Stücke bei einem Amsterdamer Privatsammler gefunden, der die Sachen zu einem verhältnismäßig hohen Preis von einem Münchener Kunsthändler kaufte. Der Sammler will die Gegenstände der Kriminalpolizei zur Verfügung stellen.

Der Kapitän des Schleppdampfers „Franklin" hat gegen den Hapagdampfer „Harburg" eine Klage über 50 000 Dollar angestrengt. Der „Franklin" war seinerzeit der „Harburg" zu Hilfe geeilt, mußte aber wegen Steuerschadens die Hilfeleistung unterbrechen. Als der Schaden behoben war, hatte bereits der Schlepper „Willet" die „Harburg" ins Schlepptau genommen. Die Klage stützt sich auf die Tatsache, daß der Kapitän der „Harburg" vorher bekanntgegeben haben soll, daß der Schlepper, der die „Harburg" zuerst erreiche, sie auch einbringen könne.

Die französische Kammer lehnte in einer Nachtsitzung mit 299 gegen 207 Stimmen die Hauptpunkte des Wahlreformgesetzes ab.

Die französische Kammer nahm heute früh mit 152 gegen 111 Stimmen die Wahlbestimmungen an, wie sie vom Senat vorgelegt wurden. Es tritt also keine Aenderung gegenüber den Wahlbestimmungen der letzten Legislaturperiode ein.

Der französische Finanzminister Flandin teilte im Finanzausschuß der Kammer mit, daß der neue Haushaltsplan nicht das Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben herstelle.

Ministerpräsident Tardieu wird heute Vormittag wieder in Paris eintreffen, nachdem er den letzten Tag seines Genfer Aufenthalts zu einer Reihe von Besprechungen ausnutzte, von denen die mit den deutschen Wirtschaftssachverständigen von den Pariser Blättern besonders hervorgehoben werden.

Der frühere Marineminister Dumont, ein Ministerkollege Briands, gibt eine Unterredung mit diesem bekannt, in der Briand erklärt hat, der konservative Nationalismus würde unerträglich und gefährlich werden, wenn man nicht mehr in den entscheidenden Stunden mit der Unterstützung der organisierten Arbeiter rechnen könne.

Im Wilnaer Gebiet wurden vier Personen getötet, als sie versuchten, den Zünder einer Granate loszuschrauben, die sie in einem alten Schuppen gefunden hatten.

Auf einem Frühstück in London teilte der englische Handelsminister mit, daß England den französischen Vorschlägen für die Schaffung eines Donaubundes sympathisch gegenüberstehe. Es sei bereit, für einige Zeit seine Meistbegünstigungsrechte gegenüber den Nachfolgestaaten aufzugeben.

In Besprechung der bisherigen Ergebnisse der Abrüstungskonferenz tritt „Times" für eine Beseitigung der Militärflugzeuge und der Tanks ein.

Die Stadt Mukden ist von Banditen bedroht, die eine Reihe von Ortschaften in der Umgebung besetzt haben.

Die Behauptung der „Washingtoner Post", daß Mellon in London eine Ermäßigung der britischen Zahlungen an Amerika erörtern werde, wird vom Staatsdepartement als unbegründet bezeichnet. Der Standpunkt der Regierung in der Schuldenfrage habe sich nicht geändert.

Das Wetter von heute und morgen

Teils heiter, teils wolkig, ohne wesentliche Temperaturänderung, leichte nordöstliche Winde.

Kleine politische Nachrichten

Amtsenthebung

Der Bürgermeister von Mörfelden wurde wegen fortgesetzten Ungehorsams seiner vorgesetzten Behörde gegenüber sowie wegen seines Auftretens als Agitator der kommunistischen Partei mit sofortiger Wirkung seines Amtes enthoben.

Dänemark will Heer und Flotte behalten

Im dänischen Landsting, der ersten Kammer des dänischen Parlaments, wurde die Abrüstungsvorlage der Regierung, die die Abschaffung von Heer und Marine und die Einführung eines Wachtkorps zur See und zu Lande vorsah, in der zweiten Lesung mit 38 gegen 33 Stimmen abgelehnt. Die Bauernpartei brachte den Vorschlag ein, das stehende Heer um 2000 auf 8000 Mann herabzusetzen, was eine jährliche Ersparnis von 6 Millionen Kronen bedeuten würde. Nach Zeitungsmeldungen soll zwischen der Bauernpartei und der Regierung über die Vorlage bereits eine Einigung erfolgt sein.

Unterzeichnung des internationalen Walfischjagdabkommens

Generalkonsul Dr. Völckers hat das im September 1931 von der Völkerbundsversammlung angenommene und im Sekretariat des Völkerbundes in Genf zur Unterzeichnung aufgelegte internationale Uebereinkommen zur Regelung der Walfischjagd vom 24. September 1931 im Namen des Deutschen Reiches unterzeichnet.

Die Genfer Ausschüsse für Marine und Luftfahrt vertagen sich

Die Ausschüsse der Abrüstungskonferenz für Marine- und Luftfahrtfragen in Genf haben sich bis nach den Ferien vertagt. Der Marine-Ausschuß beschäftigte sich wiederum in akademischer Form mit der Frage der Lebensdauer der Kriegsschiffe. Es ergab sich eine weitgehende Uebereinstimmung im Sinne des in der letzten Sitzung gestellten japanischen Antrages, die Altersgrenze der Linienschiffe von 20 auf 26 Jahre zu erhöhen, wobei aber der Begriff des Linienschiffes noch umstritten ist.

Das australische Bundesparlament für Beschlagnahme der Steuern von Neusüdwales

Aus Canberra wird gemeldet: Der Senat des Bundesparlaments hat mit 46 gegen 14 Stimmen eine Entschließung angenommen, die die Bundesregierung ermächtigt, die Steuereinnahmen von Neusüdwales zu beschlagnahmen, um dadurch einen Ausgleich für die von Neusüdwales geschuldeten Summen in Höhe von 924 082 Pfund Sterling zu schaffen. Die Regierung von Neusüdwales bestreitet, daß diese Maßnahmen gesetzlich zulässig seien.

Das amerikanische Getreide in Europa

Der Vorsitzende der Genossenschaft für Stabilisierung des Getreidehandel in USA., Georg Milnor, ist nach Europa abgereist, um mögliche Absatzmärkte für die Ueberschüsse des amerikanischen Getreides zu suchen. Es ist keine amtliche Mitteilung abgegeben worden, jedoch ist bekannt, daß er vor seiner Abreise Besprechungen mit Mitgliedern des landwirtschaftlichen Amtes und mit anderen Sachverständigen über die Lage des Kornmarktes gehabt hat.

Der Lohntarif im ostoberschlesischen Bergbau gekündigt. Der ostoberschlesische Arbeitgeberverband der Berg- und Hüttenindustrie hat den Lohntarif zum 31. März gekündigt. Die Arbeitgeber fordern eine Herabsetzung von 25% der Löhne.

Kostbarkeiten des Salzburger Domschatzes verschoben. Bei einer Inventuraufnahme des Salzburger Domschatzes stellte sich heraus, daß 13 Gegenstände fehlten. Wie das Contibüro meldet, ergaben Nachforschungen, daß ein Teil dieser Gegenstände in der Wohnung des Domkapitulars Angelberger unrechtmäßigerweise aufbewahrt worden war. — Im Zusammenhang mit diesen Unterschlagungen wurde der Antiquar Brettschneider verhaftet und in das Landgericht Salzburg überführt. Er hatte einen sehr kostbaren kleinen Reisealtar und die sogenannte Eucharistische Taube veräußert. Die Polizei konnte inzwischen diese beiden kostbaren Gegenstände sicherstellen.

Turnen und Sport in der Heimat

Turngemeinde Burscheid e. V.

Handball

Der kommende Sonntag steht ganz im Zeichen des entscheidenden Spieles der 1. Mannschaft gegen RTV 1b. Bekanntlich liegt Burscheid noch zwei Punkte hinter RTV und da dieses das letzte Serienspiel für Burscheid ist, so ist es auch die einzigste Gelegenheit zu RTV aufzurücken. Das Spiel muß also schon unbedingt gewonnen werden, wenn man an einen Aufstieg denken will. Bis dahin würden dann allerdings noch einige Spiele zu machen sein. Schon aus diesem Grunde ist man im hiesigen Lager bemüht gewesen, für Sonntag eine möglichst starke Aufstellung zu bekommen. Hoffentlich hat man aus dem Spiel in Remscheid Lehre angenommen, und läßt sich nicht wieder überrumpeln. Damals hatten die Hiesigen bis zur Halbzeit einen schönen 3:0 Vorsprung und zum Schluß hieß es nur 6:6. RTV wird ebenfalls alles versuchen, den Sieg an sich zu reißen, da jetzt auch 1b-Mannschaften aufsteigen, was bisher nicht möglich war.

Wer wird nun der Sieger sein? Zu einem interessanten Spiel sind jedenfalls die besten Vorbedingungen gegeben, da das Spiel für beide Mannschaften gleich wichtig ist. Hoffentlich befindet sich der Platz in einer einigermaßen guten Verfassung, damit das Spiel reibungslos durchgeführt werden kann.

Anwurf 1,45 Uhr auf dem Sportplatz in Griesberg.

Turngemeinde Hilgen

Handball

Für die 1. Mannschaft ist für Sonntag ein erstklassiger Gegner verpflichtet worden. Die 1. Elf des Ronsdorfer Turnerbundes wird auch am Sonntag in Hilgen wieder beweisen, daß sie eine der besten Gauklassenmannschaften des Wuppertaler Turngaues ist. Die Gäste verfügen über eine ausgesprochene Kampfmannschaft, in der der Angriff der beste Teil ist. Die Hilgener Mannschaft muß allerdings auf ihren rechten Verteidiger verzichten, aber trotzdem wird sie den Ronsdorfern, den vergangenen Spielen nach zu urteilen, mindestens eine ebenbürtige Partie liefern. Der Spielbeginn ist auf 2,30 Uhr festgesetzt. Der Besuch dieses Treffens ist jedem Handballinteressent zu empfehlen, zumal sich die Hilgener Elf in letzter Zeit in vorzüglicher Verfassung befindet. Das Spiel findet voraussichtlich auf dem Spielplatz in Hilgen statt. Sollte jedoch die schlechte Bodenbeschaffenheit das Spielen nicht zulassen, dann wird um dieselbe Zeit in Neuenhaus gespielt.

Die Jugendmannschaft trägt in Opladen ein Freundschaftsspiel gegen die gleiche Elf des TSpV 82 aus. Das Spiel beginnt um 4,45 Uhr auf dem Birkenberg. Abfahrt mit dem Zuge 3,40 Uhr ab Hilgen.

Turnverein Witzhelden

Am kommenden Sonntag stehen sich nachmittags um 1 Uhr auf dem Witzheldener Platze die ersten Einheiten des TV Witzhelden und des Jünglingsvereins Neuenhaus gegenüber. Das letzte und einzige Spiel zwischen den beiden Mannschaften wurde im Jahre 1928 ausgetragen und sah, da der Witzheldener Handball damals noch vollkommen in den Kinderschuhen steckte, die Gäste aus dem Eichenkreuz-Verband mit 16:3 als sichere Sieger. Am Sonntag ist allerdings ein anderer Spielausgang zu erwarten.

TV „Frischauf" Hilgen

Auf dem Wege zur Meisterschaft

Am kommenden Sonntagvormittag tritt die Ringermannschaft des Turnvereins „Frischauf" Hilgen zum fälligen Meisterschaftskampf gegen die Mannschaft des Turnvereins Friedrichsaue an. Da die Hilgener Mannschaft noch ungeschlagen ist, muß die Friedrichsauer Mannschaft alles hergeben, um nicht zu hoch zu verlieren. Mit diesem Kampf haben die Hilgener noch drei Kämpfe zu bestreiten und falls selbige einigermaßen ausfallen, heißt der Kreismeister Hilgen.

Die hiesige Mannschaft tritt in folgender Aufstellung an: im Fliegengewicht Garbe, Bantamgewicht Fußie, Federgewicht Lempert, Leichtgewicht Engelhardt, Mittelgewicht Röttger 2, Halbschwergewicht Gelhaus, Schwergewicht Röttger 1.

Abfahrt ab Vereinslokal 9 Uhr mit Auto.

Ernennung zum Dr. Ing. e. h.

Aachen, 18. März. Rektor und Senat der Technischen Hochschule haben auf Antrag der Fakultät für Stoffwirtschaft dem Fabrikbesitzer Peter Schmitz, Mitinhaber der Walzmaschinenfabrik August Schmitz G. m. b. H., in Düsseldorf in Anerkennung seiner hervorragenden Verdienste um den deutschen Kaltwalzwerkbau die Würde eines Dr. Ing. e. h. verliehen.

Rund ums Wochenende

„Fußball, Fußball über alles" kann man diesmal mit Recht sagen; denn seit langem ist hier nicht mehr solch' eine Fülle von Großtreffen aufzuzählen. Nicht nur, daß die WSV.-Endspiele sowie die Entscheidungskämpfe im übrigen Reich besondere Anziehungskraft ausüben — nein, nicht weniger als acht Länderspiele kommen am Wochenende zur Durchführung.

Im grün-weißen Lager

ist man in verschiedenen Bezirken noch auf der Meistersuche. Der SC. Bad Neuenahr und TV. Mayen spielen in Andernach um die zweite Vertreterstelle des Mittelrheinbezirks, Fortuna Düsseldorf und Schwarz-Weiß Barmen stehen sich zum zweiten entscheidenden Endspiel zur Berg-Mark-Meisterschaft gegenüber (im Elberfelder Stadion), Duisburg 08 und Meidericher SpV. wiederholen ihr Bezirks-Endspiel zur Gruppe Niederrhein, ebenfalls SpVgg. Herten und die Hammer SpVg. (Westfalen-Bezirk); im Südwestfalenbezirk spielen Jan Werdohl gegen Hüsten 09 und im Ruhrbezirk Schwarz-Weiß Essen — Germania Bochum in entscheidenden Treffen. — Freundschaftsspiele gibt es hierzu wieder in großer Zahl. Die wichtigsten seien hier aufgeführt: VfB. Bielefeld — Schalke 04, Alemannia Aachen gegen Sülz 07, Hamborn 07 — Wiener AC.

Die süddeutsche Meisterrunde

meldet folgende Treffen in Gruppe Südost: Karlsruher FV. — VfB. Stuttgart, SpVg. Fürth — 1. FC. Pforzheim, Bayern München — 1. FC. Nürnberg, FV. Rastatt gegen München 1860. — Gruppe Nordwest: FK. Pirmasens — SV. Waldhof, Wormatia Worms — FV. Saarbrücken, VfL. Neckarau gegen FSV. Frankfurt, Eintracht Frankfurt gegen FSV. Mainz 05. — Mittel-, Nord- und Südostdeutschland haben natürlich ebenfalls ihre Meisterschafts-Endspiele, Brandenburg bringt am Sonntag das Endspiel Tenn[illegible] Borussia gegen Minerva Berlin; am So[illegible] steigt in der Reichshauptstadt das Freundschaftsspiel Hertha-BSC. — Hamburger SV.

Der „Länderspiel-Kalender"

zeigt uns folgende Treffen an: Oesterreich gegen Italien in Wien; Lombardei — Süddeutschland in Mailand; Schweiz — Frankreich in Bern; Belgien — Holland in Antwerpen; Frankreich B — Luxemburg; Tschechei — Ungarn in Prag; Bulgarien gegen Italien in Sofia; Italien B — Oesterreich B. Ein gewiß reichhaltiges Programm, das einzigartig dasteht.

Um den WSV.-Handball-Meistertitel

streiten sich am Sonntag in Hagen Hagen 05 und VfB. Aachen, von denen die Aachener dank ihrer besseren Mannschaftseinheit Sieger bleiben müßten, und in Bochum die Polizei Bochum gegen Kupferhütte Duisburg. Hier tippen wir für die Polizisten. — Ein Sieg für Hagen im Spiel gegen Aachen würde für die 05er den Meistertitel einbringen, falls Polizei Bochum gegen Duisburg einen Punkt einbüßen sollte. — Ein Städtekampf Berlin — Barmen belebt die Kampffolge, während aus dem rheinischen Turnerhandball das Endspiel TV. Kettwig gegen Polizei Köln zu erwähnen bliebe.

Der Hockey-Silberschild-Endkampf

Brandenburg — Norddeutschland in Berlin wird zum 13. Male am Sonntag wiederholt. Siegt Berlin, was im Bereich der Möglichkeit liegt, so fällt den Reichshauptstädtern zum 7. Male der Erfolg in der Endrunde zu. Beide Verbände treten sich mit stärkster Mannschaft gegenüber. — In Köln übt eine westdeutsche Damen-Hockey-Elf, hier soll eine Mannschaft für den bevorstehenden Kampf gegen Holland ausgesucht werden. — Von den Freundschaftsspielen im westdeutschen Schußkreis interessieren Etuf Essen gegen Düsseldorfer HC., das 9. Westfälische Hockey-Turnier in Münster, an dem sich außer Münster 08 und WS. Soest alle westfälischen Hockey-Vereine beteiligen.

Der 6. Hamburger Hindernis-Lauf

bildet den „Auftakt" der leichtathletischen Veranstaltungen im Freien. Die beste deutsche Landstrecken-Klasse wie Syring, Schaumburg, Petri, Boltze, Dieckmann, Hobus, Holthuis ist hier vertreten.

Langsam regt es sich auch wieder

im Radsport.

Wenn es auch in den deutschen Winterhallen zu Ende ist (Köln sowohl wie Stuttgart beschließen am 20. März die Saison mit internen Amateur-Wettbewerben), so bringen die ersten Straßenrennen und Freiluftveranstaltungen im Ausland wieder einen frischen Zug in diesen Sportzweig.

Der deutsche Fliegermeister Peter Steffes (Köln) beteiligt sich am „Großen Preis von Brüssel", in Paris wird auf der Buffalo-Bahn die erste Freiluftveranstaltung mit Krewer, Paillard, Grassin, Linart und Raynaud in den Steherrennen, dem Omnium Michard-Falck-Hansen im Fliegerwettbewerb „gestartet". Mit dem westdeutschen Straßenrennen in Dortmund, der 25. Fernfahrt Mailand—San Remo, dem Bergrennen Mont—Agel (mit Buse und Sieronski) und dem französischen Straßenfahrer-Kriterium schließt die umfangreiche Kampffolge der „Pedalritter"

Diese Ausgabe umfaßt 10 Seiten
und „Die Zeit im Bild"

Verantwortl. Schriftleiter: Willy Claas; für Provinz, Allgemeines und Sport: Josef Maaßen, beide in Burscheid.
Druck und Verlag: Hermann Claas, Burscheid, Mittelstraße 10

Größtes Lager in den neuesten **Tapeten**
(Kollektion 1932)
Rolle von 20 Pfennig an
Gold- u. Tapetenleisten von 6 Pfg. an
Farben, Lacke, Glas
Balatum, Stragula, Läufer, Teppiche
Fachgeschäft in Linoleum!
Tapetenhaus
Stöcker
Opladen Leverkusen

Apparate - Stative - Taschen
Platten - Filme - Papiere
kauft man gut und billig bei
Photo Jos. Jankowski
Opladen, Humboldtstr. 6
Anleitung kostenlos.

Stierhaltungs-Genossenschaft Dierath.
Samstag, den 19. März, abends 8 Uhr, im Lokale Busch in Dierath
Versammlung
Wegen der wichtigen Tagesordnung wird um zahlreiches Erscheinen gebeten.

Zwei-Zimmer-Wohnung
per 1. April 1932, in Burscheid, zu **vermieten.** Angebote unter C. 50 an die Geschäftsstelle dieser Ztg.

Wir sind beauftragt
die gesamten Bestände einer Möbelfabrik im Erstellungswert von RM 6000.— zu jedem annehmbaren Preis gegen bar an Private zu verkauf.
Verzeichnis
10 Schlafzimmer, Eiche und Nußbaum, 2 m 2,20 m
10 Küchen, schwere neue Modelle, sow. einige Polstermöbel.
Eilangebote unter „Nr. E K. 160" an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Krieger-Verein Burscheid
Zwecks Teilnahme an der Beerdigung des Veteranen
Robert Fuchs sen.
versammeln sich die Mitglieder **Samstag-Nachmittag 3,30 Uhr im Vereinslokal** und wird um zahlreiche Beteiligung gebeten.
Der Vorstand.

Kasino Hilgen
Sonntag, den 20. März 1932, nachmittags 5 Uhr
Versammlung
Tagesordnung:
1. Zahlung der Bezüge.
2. Bestellung v. Kalk, Kohlen, und Briketts.
3. Verschiedenes.
Der Vorstand.

Für die Karwoche gewässerten Stockfisch (schneeweiß)
Bestellungen frühzeitig erbeten
P. Hamacher
Burscheid Fernruf 601

Zirka 3—4 Morgen **eingezäunte**
Weide
Nähe Burscheid-Kaltenherberg, zu pachten gesucht, sowie zirka 10 Zentner
minderwertiges Heu
zum Einstreuen geeignet, zu kaufen gesucht.
Schoch, Kaltenherberg 998.

Bergischer Volksbote

Druck und Verlag von Hermann Claas, Burscheid — **Burscheider Zeitung** — Nr. 66 — 3. Blatt — Freitag, 18. März 1932

Vom 100sten ins 1000ste

Rache ist ein Gericht, das kalt genossen werden will, aber es steht, soviel ich weiß, nirgends geschrieben, daß dieses Gericht als Wanzensuppe auf den Tisch gestellt werden muß. Ja, ja, Sie haben richtig gelesen: Wanzensuppe! Suppe mit gebrühten Wanzen als Einlage! In einem Warschauer Militärkasino bekamen die Offiziere öfter mal so was zu essen, weil der Kasinokoch mit den Aufwartefrauen in Feindschaft lebte und sie hinausgeworfen sehen wollte. Und da dachte er sich, weil er ein Philosoph war: „Man wird diese Weibsbilder sicher hinauswerfen, wenn man dahinterkommt, daß sie die Zimmer nicht in Ordnung halten und die Wanzen aus den Betten und von den Wänden, wohin sie gehören, in die Kochtöpfe fallen lassen!“ Aber die Aufwartefrauen waren ganz unschuldig an den Wanzen, denn der Koch brachte das Viehzeug täglich selbst mit aus seiner polnischen Wirtschaft, indem er es in einer Zündholzschachtel verstaute und dann am trauten Herd in die Offiziersuppe schüttete. Jetzt haben die Offiziere das alles herausgekriegt, und der Kasinokoch wurde mit einem Pilsudskischen Fußtritt an die Luft gesetzt, während die harmlosen Aufwartefrauen eine Ehrenerklärung erhielten und wahrscheinlich auch noch ein Militärverdienstkreuz bekommen werden. Aber Wanzensuppe! Man kann sich gar nicht vorstellen, daß die Offiziere diese Suppe nicht sofort gerochen haben sollten, und daß sie sich so was täglich vorsetzen ließen. Woraus man ersehen kann, daß auch der Mensch ein Tier ist, und zwar ein Gewohnheitstier, das sich selbst an Wanzen gewöhnt, wenn man sie ihm nur schmackhaft zubereitet.

Was aber die Rache betrifft, so kann man sie als kluger Mensch auch anders vollstrecken als nur durch eine Koalition mit Wanzen, die sich immerhin doch durch ihren Duft verraten, so daß man sie seinen Nasen bestimmt nicht in die Suppe einbrocken kann. In einer Stadt in Westfalen hatte es ein Mann mit seiner Schwiegermutter zu tun — im Bösen natürlich, denn von Schwiegermüttern erwartet man sich seit der Zeit, wo sie in Witzblättern entdeckt worden sind, nie etwas Gutes, womit man ihnen jedoch sicherlich unrecht tut. Es gibt bestimmt auch brave Schwiegermütter, aber sie sind zart wie die Mimosen und geben sich nicht zu erkennen. Ein altes Sprichwort lautet: „Es gibt nur eine einzige böse Schwiegermutter, aber jeder glaubt, er habe gerade sie!“ Und in Rußland drüben sagen sie: „Gott schuf einmal eine Schwiegermutter aus Zucker, aber auch sie war bitter!“ Soviel von Schwiegermüttern im allgemeinen. Und nun komme ich zu der besonderen Schwiegermutter, die der Mann in Westfalen hatte und die er nicht leiden konnte und die er deshalb „ausräuchern“ wollte. Im wahren Sinne des Wortes: ausräuchern! Die Schwiegermutter nämlich sollte auf Besuch kommen, und da sagte sich der Mann im Westfälischen: „Das überlebe ich nicht, denn ich bin nur ein schwacher und sterblicher Mensch! Und ehe ich vier Wochen Schwiegermutter über mich ergehen lasse, zünde ich die ganze Bude an!“ Und der Mann aus Westfalen ging hin, holte sich eine Streichholzschachtel — aber ohne Wanzen und nur mit Zündhölzern — und steckte zuerst mal das Zimmer, in dem die Schwiegermutter wohnen und schimpfen sollte, in Brand. Weiter aber kam er nicht, denn dann wurde er eingelocht. Aber man sieht, wohin der Mensch in seinem Wahn sich verirrt, wenn es um Rache geht. Wanzen sind schon schlimm, aber gleich Feuer! So was macht man doch nicht!

O ja, so was macht man wohl! Und man macht sogar noch viel Aergeres. Kennen Sie Czernowitz? Wenn Sie Czernowitz nicht kennen, kennen Sie überhaupt nichts! Als Czernowitz — was eine Stadt und nicht etwa ein Staatsbürger ist — noch zu Oesterreich gehörte, pflegte man dorthin alle kuriosen Geschichten, die sich nie und nimmer begeben hatten, zu verlegen, weil Czernowitz einfach unkontrollierbar war. „Na ja, in Czernowitz!“ sagten die Oesterreicher und schmunzelten. Aber diese Geschichte hier, die ich Ihnen jetzt erzählen will, hat sich wahr und wahrhaftig begeben und tatsächlich in Czernowitz. Es befand sich in Czernowitz ein Mieter, der seine Miete nicht bezahlen konnte, was auch anderswo vorkommen soll. Nur das man anderswo den Gerichtsvollzieher holt und den Mieter an die Luft setzen läßt, was man in der Gerichtssprache „exmittieren“ nennt. In Czernowitz aber macht man das mit Gas. Verstehen Sie gefälligst richtig: der Hauswirt macht einen Gasangriff auf den Mieter, bis dieser nach Luft schnappend „Pardon!“ ruft und mehr tot als lebendig aus der Wohnung wankt. Ein Czernowitzer Hausbesitzer kam auf die Idee, einen Blechkasten mit Karbid zu füllen, Wasser darüber zu gießen und die Dämpfe, die sich nun entwickelten, mittels eines Gummischlauches durch das Schlüsselloch in die Wohnung des Mieters, der nicht bezahlen wollte, zu leiten. Worauf der Mieter sich sofort über- und ergab. Ich glaube aber nicht, daß ein solcher Gasangriff gegen böswillige Schuldner besonders empfohlen werden kann, zumal in Friedenszeiten nicht, da man doch nicht immer mit der Gasmaske in der guten Stube herumlaufen kann. Dann schon lieber Gerichtsvollzieher mit Vogel! Wo kämen wir hin, wenn jeder sein eigener Exekutor sein und auf den lieben Nächsten, der ja sozusagen auch ein Mensch ist, gleich mit Karbid losgehen wollte! Das wäre doch keine Gerechtigkeit mehr, und man könnte lieber gleich die ganze Justiz schließen, wie kürzlich einer sagte, der in Berlin vor Gericht stand und mit der Behandlung, die ihm hier zuteil wurde, nicht ganz zufrieden war, indem er nämlich ins Gefängnis sollte. „Mit Ihre strengen Urteile“, sagte der Mann in großer Entrüstung, „kommen Sie noch dahin, daß unsereiner überhaupt nicht mehr wagt, den Finger krumm zu machen. Denn (das Berliner Wort für „dann“) gibt es keine Angeklagten mehr, die goldenen Uhren und andere Gegenstände fallen unter den Tisch, es gibt bloß noch ehrliche Menschen, und Sie können die Justiz schließen!“ Das wäre natürlich ein unnatürlicher Zustand, wenn sie die Justiz schlössen, denn dann bekäme vielleicht jeder von uns Wanzen zu essen, und die Schwiegermütter würde man in den Rauchfang hängen und wie Schinken räuchern, und es könnte keiner mehr durchs Schlüsselloch gucken, ohne in den Verdacht zu geraten, daß er dem Nachbar Gas in die Nase blasen will. Das sei ferne von uns, und es täte mir außerordentlich leid, wenn Ihnen so was passierte. Und ich hoffe, daß wir uns gegenseitig leid tun!

Jokus.

Gereimte Zeitbilder.

Von Gotthilf.

Die schönsten Bilder könnt' ich malen
Aus dieser letzten Zeit Verlauf —
Natürlich denken Sie jetzt: Wahlen! ...
Jawohl, ich bin ganz wild darauf!

Jawohl, da werd' ich schwer mich hüten,
Weil ich das schon von früher kenn'!
Und werden Sie mir was vergüten,
Wenn ich die Finger mir verbrenn'?

Nee, nee, nur keine Nasenstüber!
Ich will mit keinem mich entzwei'n
Und steh' als Dichter teilweis' über
Und teilweis' unter den Partei'n.
Als Mensch zwar bin ich stark dazwischen,
Doch dies geht keinen etwas an,
Weil ich als Mensch und Bürger mischen
Mich unter jede Gruppe kann.

Als Dichter aber sag' ich allen:
Ich freu' mich (was an mir so liegt!)
Daß dieser Winter durchgefallen
Und von dem — Frühling ist besiegt!

Ich bitt' mir aus: nicht umgekrempelt
Wird hier mein Wort, wie mancher glaubt!
Mir geht's hier nicht um „rotgestempelt“,
Mir geht's um „Winter“ überhaupt!

Und kurz und bündig will ich sagen
Und brauch' dazu nicht erst Dispens:
Ich freu' mich daß in diesen Tagen
Hereingebrochen ist der Lenz!
Er ist der Alles-alles-Wender,
Und alles Eis weicht seinem Hauch,
Und wer's nicht glaubt, findt's im Kalender,
Und bei den Dichtern steht es auch.

Nun laßt mit euren Wahlkriegspsalmen
Uns heute wenigstens in Ruh',
Heut' wandeln wir mal unter Palmen
Und ungestraft sogar dazu.

Und ist's auch nur ein Weidenkätzchen,
Das sich als Palme hat frisiert,
In uns'rem Herzen hat's ein Plätzchen —
Und nun wird Ostern einstudiert!

Waffen in einer Talsperre



Als vor wenigen Tagen die Talsperre bei Mauer unweit Hirschberg abgelassen wurde, entdeckte man mehrere Geschütze und Munitionswagen. Man nimmt an, daß es sich um Waffen aus der Zeit der Oberschlesienkämpfe handelt, denn die Geschütze haben schon sehr lange im Wasser gelegen

Die gefährdete Landesbank

Reich und Staat müssen einspringen.

Eine Liquiditätshilfe von 70 Millionen Reichsmark ist unumgänglich erforderlich.

Düsseldorf, 18. März.

Die Landesbank der Rheinprovinz hat sich im Hinblick auf die Anforderungen, die der bevorstehende Quartals-Ultimo stellen wird, veranlaßt gesehen, bei der Reichsregierung um eine weitere Hilfeleistung vorstellig zu werden. Diese Eingabe bewegte den Landeshauptmann der Rheinprovinz, Dr. Horion, und den jetzigen Staatskommissar der Landesbank, Staatsfinanzrat Weltzien, vor einem kleinen Kreis geladener Pressevertreter die finanzielle Lage der Landesbank darzustellen.

Landeshauptmann Dr. Horton ging zunächst auf

die Vorgeschichte der Krise

ein. Die Illiquidität sei im wesentlichen eine Folge der Finanzgebarung der rheinischen Kommunen in den vorangegangenen Jahren. Infolgedessen sei eine endgültige Lösung des Liquiditätsproblems auch abhängig von der Regelung der Finanzfrage bei den Kommunen. Dabei handele es sich einmal um die Frage einer Umschuldung auf breitester Grundlage, ferner um die Frage, in welcher Weise den Gemeinden ein Ausgleich geschaffen werden kann für die ständig zunehmenden Wohlfahrtslasten. Verluste an Private habe die Landesbank nicht zu beklagen, abgesehen von dem Engagement bei der Rheinischen Bauernbank, wo ein Betrag von etwa einer halben Million Reichsmark als verloren anzusehen sei. — Die Landesbank sei zurzeit

noch keineswegs liquide;

mit Millionenzahlungen befinde sie sich noch im Rückstande. Der Gewährsverband für die Landesbank, also der Rheinische Provinzialverband, könne eine nennenswerte Hilfe nicht leisten. Es sei daher bereits im Vorjahre von der Möglichkeit einer Nachtragsumlage Gebrauch gemacht worden, die in Höhe des halben Landessatzes der Bürgersteuer zur Erhebung gekommen sei. Im Rechnungsjahr 1932 sehe der Haushaltsplan der Provinzialverwaltung wiederum die Erhebung einer solchen zuschläglichen Umlage vor, so daß die gesamte Provinzialumlage für 1932 dem Betrage gleicht, der sich aus Zusammenzählung der vorjährigen Umlage einschließlich der von der Staatsregierung festgesetzten Nachtragsumlage ergibt.

Reich und Staat

müßten nach der Hilfe, die den Privatbanken geworden sei, nunmehr auch an eine endgültige Sanierung der Landesbank herangehen. Die Frage der rheinischen Giro-Zentrale harre auch noch der Erledigung.

Staatsfinanzrat Weltzien wies in einem Ueberblick über die derzeitige Lage zunächst darauf hin, daß der Status der Landesbank auch jetzt noch zweifellos aktiv sei, wobei man allerdings die Forderungen gegenüber den Kommunen voll aktivieren müsse. Von der

Gesamtverschuldung der Kommunen

im Betrage von etwa 670 Millionen Reichsmark seien nur 230 Millionen Reichsmark durch langfristige Obligationen usw. gedeckt. Die Konsolidierung der aus kurzfristigen Mitteln gewährten, nunmehr geradezu einbetonierten und praktisch langfristig gewordenen Darlehen mache erhebliche Rückstellungen erforderlich, da den Agio-Verlusten Rechnung getragen werden müsse. In den letzten Monaten habe sich das Verhältnis von Debitoren zu Kreditoren ständig weiter verschlechtert. Die Zinsrückstände der Schuldner sind in den letzten Monaten von 4 bis 5 Millionen auf 9 Millionen Reichsmark gestiegen. Hiervon seien vielleicht am Quartalsultimo bestenfalls 2 bis 2½ Millionen Reichsmark mobil zu machen. Für die Befriedigung der Zinsansprüche ihrer Gläubiger (Kuponzahlungen, Bankfälligkeiten usw.) würde die Landesbank zum 1. April etwa 6 bis 6½ Millionen Reichsmark ihrerseits aufzuwenden haben. Für den übrigen Teil des laufenden Jahres rechnet man nach Berücksichtigung der teilweise eingehenden Schuldnerzinsen mit einem weiteren Auflauf des Zinsrückstandes von etwa 14 bis 15 Mill. Reichsmark. Die Landesbank sei also auf fremde Kredithilfe angewiesen. Sie fühle sich insbesondere gegenüber den Sozialversicherungsanstalten usw. zur Unterstützung verpflichtet. Beispielsweise habe

die Landesversicherungsanstalt der Rheinprovinz

26 bis 27 Millionen Reichsmark zu fordern, habe aber erst 3 Millionen Reichsmark erhalten. Um dieser Gruppe von Gläubigern zu helfen, brauche die Landesbank für das Jahr 1932 einen Betrag von etwa 25 bis 30 Millionen Reichsmark, so daß einschließlich der für die pünktliche Zinszahlung u. a. m. notwendig werdenden Beträge etwa 50 Millionen Reichsmark zur Verfügung gestellt werden müßten. Dazu komme aber noch, daß im Sommer die Stillhaltung der Bankengläubiger ablaufe, und daß

für ein Arrangement mit den Bankengläubigern

ein weiterer Betrag von etwa 20 Millionen Reichsmark erforderlich sei, wenn man die Forderungen von dieser Seite mit wenigstens zunächst 10 Prozent befriedigen wolle.

Der in der Eingabe an die Reichsregierung erwähnte zusätzliche Bedarf der Landesbank für 1932 ist daher mit ungefähr 70 Millionen Reichsmark beziffert. Das wird von dem Staatskommissar als das Mindeste bezeichnet, was aufgebracht werden müsse, um die Landesbank bis Ende 1932 über Wasser zu halten.

Es handelt sich also lediglich um ein Provisorium und, wie man ausdrücklich bemerkte, für eine endgültige Sanierung werden noch größere Beträge erforderlich sein. Die zur Verfügung stehenden 240 Millionen Reichsmark Reichsschatzanweisungen konnten nur zu einem Teil Verwendung finden.

Festblätter für das Deutsche Sängerbundesfest.

Frankfurt, 18. März.

Nach längerer Pause, die durch einen Verlagswechsel bedingt war, sind Heft 4 und 5 der „Festblätter“ als Doppelheft erschienen. Die „Festblätter“ werden nunmehr von dem Verlag der Firma H. L. Brönners Druckerei, Frankfurt-Main, in der gleichen Art und Ausstattung wie bisher herausgegeben. Die vorliegende Doppelnummer, die auf dem Umschlag ein malerisches Bild des Rheins mit der Ruine Ehrenfels bei Mondschein zeigt, bringt eine Schilderung der schönen Umgebung der Feststadt Frankfurt-Main. Dann finden wir eine Schilderung des Taunus mit Bildern von Cronberg, Eppstein, Königstein, Schmitten, Bad Homburg und der Saalburg. Weiter wird Wiesbaden, die berühmte Kurstadt, ausführlich erwähnt. Anschließend folgt ein Artikel über den Spessart mit Bildern von Mespelbrunn, Gelnhausen und Alzenau. Auch das mannigfaltige Lahntal mit Bad Ems, Limburg und Schloß Braunfels ist nicht vergessen. Josef Stoll bringt einen Artikel über die Bergstraße und Wilhelm Michel schreibt über Darmstadt und über Darmstädter Geist. Auch Mainz, die Stadt des Minnesängers Frauenlob und Gutenbergs, wird den Sängern vorgestellt. Schilderungen des Rheingaues, des Nahetales und der schönen Pfalz sowie der badischen Städte Heidelberg, Mannheim, Karlsruhe und Freiburg beschließen das Heft. Auch der berühmte Frankfurter Apfelwein wird gebührend erwähnt.

Keine Milchpreiserhöhung im Regierungsbezirk Münster.

Münster, 18. März. Der Rheinisch-Westfälische Milchausschuß, eine rein private Vereinigung, hatte einen Beschluß gefaßt, in dem ein Milchkleinverkaufspreis von 22 Pfennig je Liter ab Laden und 24 Pfennig je Liter frei Haus mit Wirkung ab 16. ds. Mts. „festgesetzt“ wird. Der Regierungspräsident hat daraufhin eine Verordnung erlassen, nach der eine Erhöhung der Kleinverkaufspreise von Milch gegenüber dem Stande vom 5. März 1932 untersagt wird. Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafe in unbeschränkter Höhe bestraft; erforderlichenfalls wird auch eine Schließung von zuwiderhandelnden Betrieben erfolgen.

Der grosse Karner

ROMAN
VON
WOLFGANG MARKEN

2

„Ich bin Martin Karner!“ stellte sich der Fremde vor.

„von Willgreuve!“ sagte der Minister und bat mit einer Handbewegung, Platz zu nehmen.

Die Erscheinung des Mannes frappierte ihn, und er gestand sich in den wenigen Sekunden des Betrachtens, daß er schon schönere Männergesichter gesehen habe, noch nie aber ein Antlitz von einer so unerhörten Durchgeistigung, wie es sich ihm hier zeigte.

Große, klare Augen sahen ihn an und schienen zu prüfen. Der Minister fühlte, daß er sich zusammennehmen mußte, um dem Auftreten des Mannes die gleiche Sicherheit gegenüberstellen zu können.

„Sie wünschten mich zu sprechen, Herr Karner?“ fragte er verbindlicher als er wollte. „Ich bin zwar etwas ermüdet, stehe Ihnen aber gern zur Verfügung, denn ich nehme an, daß Sie sicher in einer wichtigen Angelegenheit kommen.“

„Sie vermuten richtig, Herr Minister. Es handelt sich um eine Bauerlaubnis, die mir bis heute verweigert wurde. Ich muß mich daher an Sie als die mutmaßlich höchste Instanz wenden.“

Herr von Willgreuve schüttelte verwundert den Kopf. „Um eine Bauerlaubnis? Etwas eigenartig, Herr Karner. Um solche einfachen Dinge habe ich mich bis heute eigentlich nicht gekümmert. Ich weiß daher nicht einmal, ob ich dafür zuständig bin. Wollen Sie sich bitte näher aussprechen?“

„Gern! Ich habe in Mitteldeutschland einen großen K[illegible]plex gekauft, auf dem ich mein Unternehmen errichten will. Der Regierungspräsident hat mir jedoch die Bauerlaubnis verweigert.“

„Um wen handelt es sich, Herr Karner?“

„Um Herrn Gritzner!“

Der Minister war verwundert. „Das ist mir unverständlich. Herr Gritzner ist vielleicht . . . nun, sagen wir: ein wenig Bürokrat, aber sehr, sehr korrekt. Sicher hat er Ihnen den Grund der Verweigerung gesagt.“

Martin Karner nickte. „Allerdings. Man verlangte von mir Baupläne, die ich aber — wenigstens teilweise — nicht vorlegen kann.“

Der Minister wurde immer verwunderter. Einen Augenblick dachte er daran, daß Karner einen schlechten Scherz machen wolle, aber das ruhige, ernste Gesicht seines Gegenüber verscheuchte diesen Gedanken sofort.

„Warum wollen Sie denn keinen vollständigen Bauplan einreichen, Herr Karner? Welcher Art ist Ihr Unternehmen?“

„Ich erzeuge Elektrizität.“

„Elektrizität! Versprechen Sie sich davon ein Geschäft?“

Karner lächelte. Es war ein feines, überlegenes Lächeln, das den Minister in Verlegenheit brachte.

„Ich gewinne die Elektrizität aus der Erde.“

„Aus der Erde?“ sagte der Minister überrascht. „Ja, wie gewinnen Sie denn die Kraft?“

„Das Wie ist mein Geheimnis. Und aus diesem Grund kann ich die Baupläne — wenigstens die für meine Erzeugungsabteilung — nicht zur vorherigen Begutachtung vorlegen.“

Der Minister wußte nicht recht, was er mit seinem seltsamen Gegenüber anfangen sollte. Es kam ihm alles so unwirklich vor, was Karner sprach, alles hatte einen phantastischen Unterton. Aber die Sicherheit in Wort und Miene war bei Karner eine so außerordentliche, daß der Minister wider seinen Willen gezwungen war, die Worte seines Gegenüber ernst zu nehmen.

„Sie wünschen also, Herr Karner, daß ich Ihnen als Wirtschaftsminister gewissermaßen eine Blankovollmacht erteile.“

„Ja, um die bitte ich Sie, Herr Minister.“

„Sie stellen sich das sehr leicht vor, Herr Karner.“

„Allerdings, eine Unterschrift genügt.“

Sie lachten beide.

Dann ergriff der Minister wieder das Wort und sagte: „Ihre Ausführungen interessieren mich, und ich will Ihnen gern behilflich sein. Sie wissen aber doch sicher genau, daß ich eine solche Blankobauerlaubnis — ich bin noch nie darum befragt worden — nur erteilen und mein Tun verantworten kann, wenn ein begründetes volkswirtschaftliches Interesse vorliegt. Berücksichtigen Sie bitte ferner, daß der Staat bedacht sein muß, seine Bürger zu schützen, und darum muß darauf geachtet werden, daß den baupolizeilichen Bestimmungen entsprochen wird.“

„Ganz recht, Herr Minister. Aber bedenken Sie bitte, daß mein Stromerzeugungsverfahren mein Geheimnis bleiben muß.“

„Auch das würde nicht ausreichend sein, Herr Karner. Es besteht augenblicklich kein Bedürfnis nach einem neuen Elektrizitätswerk in Mitteldeutschland. Wir können Sie nur bevorzugen, wenn Sie mit Ihrer Erfindung einen ganz besonderen volkswirtschaftlichen Fortschritt bringen.“

„Den bringe ich natürlich, Herr Minister. Sonst wäre ja meine Erfindung nichts wert. Ich liefere den elektrischen Strom für ein so geringes Minimum, daß sich der Preis für die Kilowattstunde nur in Pfennighundertsteln ausdrücken läßt. Mein Erzeugungsverfahren ist so ureinfach, daß ich mit ganz geringen Kosten ganz Deutschland, ja die Welt überhaupt mit Strom versorgen kann.“

Herr von Willgreuve sah Karner fassungslos an. Die Eröffnung überraschte ihn ungeheuer.

„Was Sie da versprechen, Herr Karner,“ sprach er mit einer Miene, in der Ueberraschung und Zweifel waren,“ ist so ungeheuerlich, daß ich noch nicht so recht daran zu glauben vermag. Ihre Erfindung wäre zweifellos für das deutsche Volk und seine Wirtschaft von allergrößter Bedeutung, wenn Sie wirklich in der Lage wären, das zu leisten, was Sie eben versprachen.“

Karner nickte zu den Worten des Ministers. In seinem Antlitz veränderte sich kein Zug. Klar und ruhig, wie von Anfang an, beherrscht und sicher war seine Stimme, als er wieder zu sprechen begann:

„Meine Erfindung ist praktisch erprobt. Ich bin tatsächlich in der Lage, so ungeheuere Mengen Strom auf die einfachste Weise aus der Erde zu holen, die für Deutschland, ja für die Welt genügen. Und . . . Herr Minister, Sie wissen doch ganz genau, daß sich die deutsche Industrie, vornehmlich die Exportindustrie, in einer Notlage befindet, die das deutsche Volk sehr bedrückt. Die Passivität unserer Handelsbilanz gibt ein treffendes Bild davon.“

„Ich weiß, Herr Karner!“

„Ich meine nun, Herr Minister,“ fuhr Karner in seinen Ausführungen ruhig fort, „wenn der deutschen Industrie Strom in ausreichendem Maße zu einem ganz geringen Preis zur Verfügung gestellt wird, dann läßt sich nach meiner Ueberzeugung die gegenwärtige Stagnation rascher überwinden. Das strebe ich zunächst an. Meine Ausführungen dürften Ihnen beweisen, daß meine Erfindung tatsächlich ein ganz besonderes volkswirtschaftliches Interesse beansprucht.“

Der Minister nickte mehrmals hastig.

„Verzeihung . . . wenn sie das hält, was Sie versprechen.“

„Sie hält es, Herr Minister. Daß ich Ihnen den Nachweis darüber in einwandfreier Weise vorher erbringen werde, ist selbstverständlich. Wollen Sie heute abend mit der Kapazität auf diesem Gebiete, Herrn Professor Helmholtz, meiner Demonstration beiwohnen? Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie es für heute ermöglichen könnten, denn ich brauche die Bauerlaubnis dringend.“

„Wie denken Sie sich Ihr Verhältnis zu den anderen Elektrizitätsgesellschaften?“

„Ich will die Elektrisierung Deutschlands so rasch als möglich durchführen und erstrebe darum ein Zusammenarbeiten mit den Elektrizitätsgesellschaften auf der Basis einer Gemeinschaft.“

Der Minister sah Karner noch einmal prüfend an. Dann reichte er ihm die Hand und sagte: „Verzeihen Sie mir, daß ich immer noch etwas skeptisch bin. Der Gedanke ist zu ungeheuerlich. Aber . . . ich stehe Ihnen selbstverständlich heute Abend zur Verfügung. Um welche Stunde?“

„Ich werde mir erlauben, Sie dreiviertel acht Uhr mit meinem Wagen abzuholen, Herr von Willgreuve.“

„Es ist mir recht, Herr Karner. Ich stehe zur Verfügung.“

„Ich danke Ihnen, Herr Minister.“

Karner verließ das Konferenzzimmer so ruhig und selbstverständlich wie er es betreten hatte.

Der Minister sah ihm lange nach und schüttelte dann den Kopf. Jetzt, da er allein war, erschien ihm alles unmöglich.

„Wenn das Wahrheit ist,“ sprach er zu sich, „dann ist uns ein neues glückliches Deutschland gewiß. Ein neues Zeitalter steht dann vor der Tür: das elektrische Zeitalter.“

Er wunderte sich über sich selber, daß er dem unbekannten Karner mit soviel Vertrauen zugehört hatte, und gestand sich, daß ihm in seinem Leben noch keine Persönlichkeit so eindrucksvoll erschienen war, wie dieser Unbekannte.

* * *

Hallenbach wartete auf Karner.

Er hatte seiner Mutter, die er innig liebte, alles erzählt, und die alte Frau war genau so gespannt auf Herrn Karner wie der wartende Sohn. Aus seinen Reden klang soviel Hochachtung vor dem Manne, daß sie in Karner von vornherein eine Persönlichkeit von besonderem Ausmaße sah.

Punkt halb sieben Uhr kam Karner und begrüßte den Ingenieur und dessen Mutter in vornehm-herzlicher Weise. Als er der kleinen weißhaarigen Frau die Hand reichte, ward sein Antlitz fast feierlich.

Dann bat er den Ingenieur, ihn doch ein paar Minuten allein mit seiner Mutter zu lassen.

Hallenbach war über die eigenartige Bitte verwundert, aber er kam ihr sofort nach.

Als Karner der alten Frau allein gegenübersaß, begann er in herzlichem Tone:

„Gnädige Frau, Sie wundern sich gewiß, daß ich mit Ihnen ein wenig über Ihren Sohn plaudern möchte. Meine Bitte ist aber nur scheinbar seltsam. Ich brauche eine neue Kraft, einen Menschen, auf den ich mich restlos verlassen kann, und Sie sollen mir noch einmal bestätigen, daß ich recht gewählt habe. Sie als Mutter, die ihr Kind bis in die innerste Herzensfalte kennt, sollen mir sagen, ob Ihr Sohn der Mann ist, den ich gesucht habe.“

Die alte Frau nickte und wartete mit hellen Augen, daß er weiterspreche. Das Gefühl der Sympathie für den Mann, das sie gleich bei seinem Eintritt gehabt hatte, verstärkte sich.

„Mein Unternehmen, gnädige Frau,“ fuhr Karner fort, „wird gewissermaßen aus der Erde gestampft. Ich baue in Mitteldeutschland ein riesiges Werk, das bald tausende von Arbeitern beschäftigen und über Jahr und Tag ganz Deutschland mit Strom versorgen soll. Nicht nur das Werk baue ich, sondern dicht dabei auch die Stadt für die Arbeitskräfte. Mein Werk wird Elektrizität aus der Erde gewinnen. Es ist meine Erfindung. Und dieses Werk soll Ihr Sohn leiten, gnädige Frau.“

Die beiden Menschen sahen sich an. In den hellen Frauenaugen flammte Bewunderung auf. Ihr Junge sollte das Werk führen! Unsägliche Freude erfüllte sie.

„Ich habe lange nach einem geeigneten Manne gesucht. Es gibt viele gute und tüchtige Menschen, geniale Köpfe, aber wenige, die für eine solche Aufgabe geeignet sind. Ich glaube, daß ich in Ihrem Sohne den richtigen Mann gefunden habe, der mir hilft, meine Lebensaufgabe durchzuführen. Ich weiß, daß er technisch alles schafft, und glaube auch, daß ich mich auf seine menschlichen Qualitäten voll verlassen kann. Ich glaube es . . . , Sie aber, gnädige Frau, wissen es. Darum frage ich Sie: glauben Sie, daß ihr Sohn der schwersten Aufgabe, die vielleicht einem Menschen gestellt werden kann, gewachsen ist . . ., als Mensch, gnädige Frau?“

Frau Hallenbach sah Karner mit ihren starken Augen an und begann: Sie suchen einen Menschen, dem Sie alles, aber auch das Letzte anvertrauen können? Einen Mann, der Treue hält, und der . . . ehrlich ist?“

„Ja, gnädige Frau, den suche ich!“

„Nehmen Sie meinen Sohn zum Schaffensgefährten. Gott soll mich am jüngsten Tage strafen, wenn Sie einmal an seiner Treue zweifeln müßten. Es ist mein Sohn, Herr Karner. Ich kenne ihn!“

In Karners Augen trat ein glückseliges Leuchten. Er ergriff die Hand der alten Frau und küßte sie ehrfurchtsvoll.

„Ich danke Ihnen, liebe gnädige Frau.“

* * *

„Sie wollen mich engagieren? Ausgezeichnet! Als was, wenn ich fragen darf?“

„Als Generalbevollmächtigten meines Unternehmens.“

Dem Ingenieur wurde immer wirrer im Kopf. Das war doch eine zu originelle Situation! Eben hinausgeworfen, winkte schon von einer anderen Seite ein Engagement.

„Darf ich fragen, mit wem ich die Ehre habe?“

„Ich bin Martin Karner!“

Einfach, selbstverständlich kamen diese Worte heraus, und doch war die Wirkung eine starke.

Hallenbach machte unwillkürlich eine Verbeugung.

„Herr . . . Karner!“

„Ganz recht! Der Mann, der Ihnen schon zweimal ein Engagement anbot. Sie glaubten immer, ablehnen zu müssen. Aber ich brauche Sie!“

„Als was, Herr Karner?“

„Das sagte ich Ihnen bereits! Vielleicht hören Sie lieber, wenn ich sage: ich brauche einen tüchtigen Kerl, der alles kann, wenn er will, und auf den ich mich restlos verlassen kann.“

Da streckte Hallenbach Karner die Rechte entgegen und sagte kurz und sachlich: „Ich bin der Ihre, Herr Karner. Bitte, verfügen Sie über mich.“

Ehrliche Freude prägte sich auf Karners Gesicht. Er nickte und erwiderte den Händedruck.

„Sie wohnen in Lichterfelde! Ich kenne Ihre Adresse und hole Sie heute Abend um halb sieben Uhr mit meinem Wagen ab.“

„Ich erwarte Sie, Herr Karner.“

Da trat der kleine, verwachsene Sekretär aus dem Konferenzzimmer und sah erstaunt, daß die beiden Männer zusammenstanden.

„Herr Generaldirektor läßt bitten!“ rief er Karner zu.

Die Männer schüttelten sich noch einmal die Hände und trennten sich. Karner schritt dem Konferenzzimmer zu.

Kurz vor der Tür wandte er sich noch einmal um und rief Hallenbach zu: „Ihren Werkmeister Carl übernehme ich gern auch mit in meine Werke. Auf Wiedersehen, Herr Hallenbach.“

Er trat in das Konferenzzimmer und fand außer dem Generaldirektor noch die beiden Direktoren vor.

Höfliche, kühle Vorstellung.

Der Generaldirektor begann, als Karner Platz genommen hatte: „Herr Karner, Sie haben als Aktionär unserer Gesellschaft den Antrag auf eine außerordentliche Generalversammlung gestellt. Ich teilte Ihnen bereits mit, dem könne, unseren Satzungen gemäß, nur entsprochen werden, wenn hinter diesem Antrag wenigstens eintausend Stimmen stehen.“

Karner nickte.

„Ganz recht, Herr Generaldirektor. Ich besitze . . . fünfundneunzig Prozent Ihres Aktienkapitals und beantrage daher mit meinen eintausendneunhundert Stimmen die außerordentliche Generalversammlung. Die Aktien sind deponiert bei der Firma Barker, Philipp & Smith. Ich habe sie in den letzten Tagen aufkaufen lassen.“

Die Wirkung dieser Worte war eine unbeschreibliche.

Die drei Direktoren sahen der berühmten Lot'schen Salzsäule sehr ähnlich. Der Generaldirektor war der erste, der seine Fassung wiederfand und sich im Sessel erhob.

„Sie haben . . . fünfundneunzig Prozent . . . unseres Aktienkapitals! Verzeihen Sie, ich bin noch zu überrascht. Wir glaubten, irgendein Konzern . . . Selbstverständlich wird Ihrem Antrag entsprochen.“

Es dauerte eine Weile, ehe ein richtiges Gespräch zustande kam.

Was Karner sonst noch fragte, war unwesentlich. Nach wenigen Minuten erhob er sich wieder.

Da konnte es sich der Generaldirektor nicht verkneifen zu fragen: „Gestatten Sie, Herr Karner . . . ist es indiskret zu fragen, warum haben Sie ausgerechnet unsere Werke und für eine so wahnsinnig hohe Summe aufgekauft?“

Karner lächelte fein.

„Das will ich Ihnen gern sagen. Sie haben in Ihren Werken einen Oberingenieur Hans Hallenbach, einen eminent tüchtigen Menschen, den ich seit einiger Zeit für mich zu gewinnen suchte. Er wies aber alle meine Engagementsanträge zurück, weil er glaubte, Ihrem Unternehmen verpflichtet zu sein. Da es also nicht möglich war, Herrn Hallenbach, den ich dringend brauche, von Ihnen wegzuengagieren, mußte ich die ganze Firma kaufen. Etwas teuer war es, und die Bank dürfte dabei rund eine Million verdient haben, aber . . . ich glaube bestimmt, daß ich nicht über den Preis bezahlt habe. Sieben Millionen! Eine schöne runde Summe. Damit ist aber eine Kraft wie Herr Hallenbach noch lange nicht bezahlt, und ich kann auch die Großdeutschen Elektrischen Werke in meinem Aktionsprogramm recht gut gebrauchen.“

Der Weltuntergang hätte keine größere Bestürzung bei den Direktoren hervorrufen können, als diese freimütige Erklärung. Entgeistert blickte das Direktorium auf Karner. Nur der Verwachsene machte schadenfrohe Augen.

„Ja, Herr Karner,“ stammelte der Generaldirektor, der blaß bis in die Lippen geworden war. „Um . . . um Herrn Hallenbach . . . gaben Sie . . . sieben Millionen aus? Und . . . ja, ich muß es Ihnen gleich sagen . . . ich habe Herrn Hallenbach vor einigen Minuten entlassen.“

Karner nickte gleichmütig.

„Ich weiß! Ich kenne Ihren Schwabenstreich. Anders ist er wohl nicht zu bezeichnen, Herr Generaldirektor. Seien Sie froh, daß ich das Glück hatte, Herrn Hallenbach vor wenigen Augenblicken im Vorzimmer zu engagieren. Auf Wiedersehen, meine Herren.“

Eine kurze, knappe Verbeugung, sehr kühl, und die Herren waren allein.

Die Aussprache zwischen dem Generaldirektor und Direktor von Großmann wird sich der Leser selbst ausmalen können.

* * *

Der Wirtschaftsminister, Herr von Willgreuve, betrachtete interessiert die Karte, die ihm der Diener reichte.

Auf ihr standen nur zwei Worte: Martin Karner. Kein Titel, keine Amtsbezeichnung.

Ermüdet von einem Vortrag, den er eben in der „Gesellschaft der Volkswirte“ gehalten hatte, wollte er im ersten Augenblick ablehnen.

Aber je länger er die Karte betrachtete, um so stärker wurde in ihm ein Gefühl der Neugier.

Martin Karner?

Er kannte ihn nicht, hatte nie diesen Namen gehört. Was wollte der Mann von ihm?

„Ich lasse bitten!“ sagte er dann nachlässig zu dem Diener und begab sich in das kleine Konferenzzimmer.

Ehe er sich behaglich im Klubsessel zurechträkeln konnte, öffnete sich die Tür und ein übermittelgroßer Mann, schlank gewachsen, erschien in ihrem Rahmen.

Er trat mit ruhigen, sicheren Schritten langsam an den Tisch heran und verneigte sich kurz vor dem Minister, der sich wieder erhoben hatte.